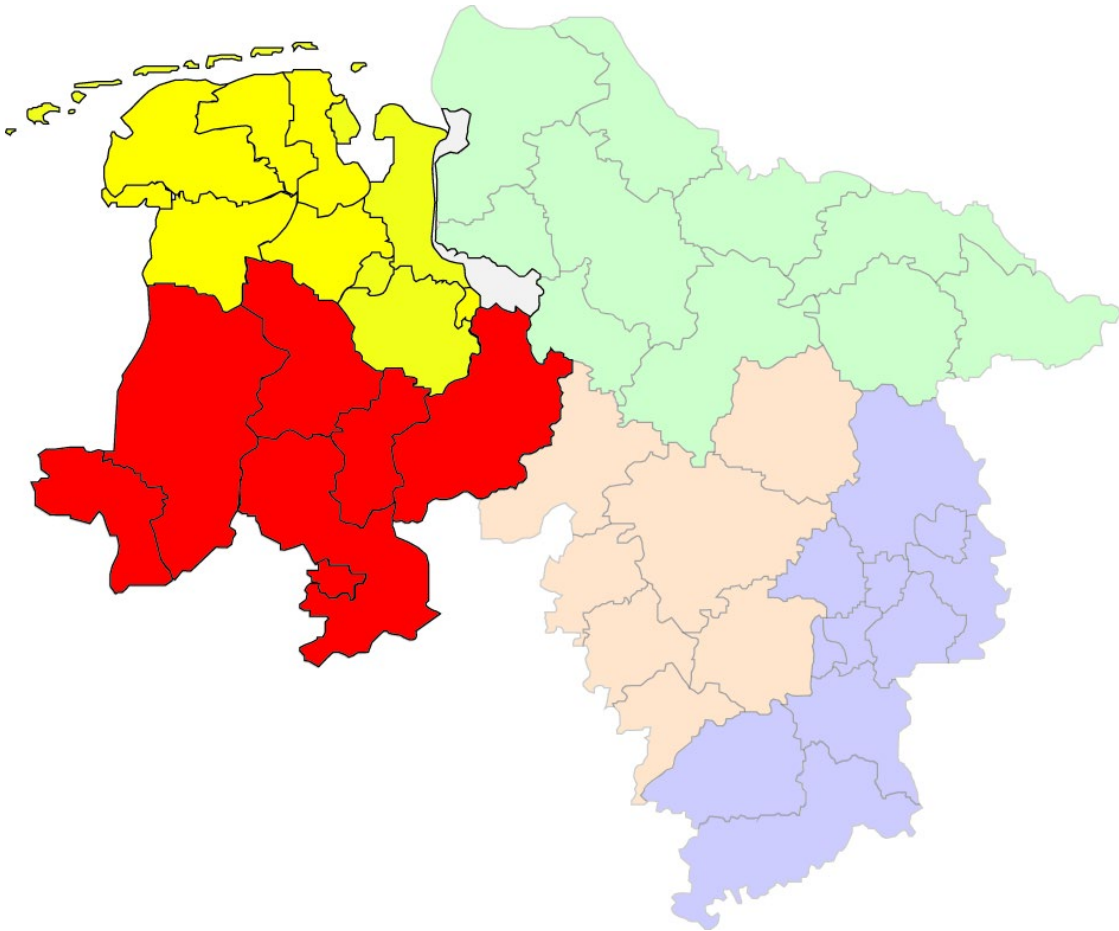


Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen Region West



Stichtagserhebung 30. Januar 2026

in den niedrigschwelligen Einrichtungen der Hilfen gem. §§ 67 ff. SGB XII

Wohnungsnotfall – Staatsangehörigkeit – Geschlecht – Alter

im Bereich der
Zentralen Beratungsstelle Niedersachsen (ZBS)
Region West

Erhebung und Dokumentation: Mark Brockmann
Oktober 2026

Inhalt

1.	Vorbemerkungen	3
2.	Ziel der Stichtagserhebung	3
3.	Ergebnisse aus der ZBS-Region West (Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück)	5
3.1.	Lebenslage und Geschlecht	5
3.2.	Ausländische Hilfesuchende	7
3.3.	Junge wohnungslose Menschen	9
3.4.	Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	12
3.5.	Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht	13
3.6.	In unzumutbaren Wohnverhältnissen	14
4.	Fazit	15
5.	Ergebnisse aus der Regionalvertretung Oldenburg	15
5.1.	Gesamtzahl in der Regionalvertretung Oldenburg	19
5.2.	Ausländische Hilfesuchende	23
5.3.	Altersverteilung und unter 25-Jährige	24
5.4.	Zwischenfazit RV Oldenburg	26
6.	Ergebnisse aus der Regionalvertretung Osnabrück	29
6.1.	Gesamtzahl in der Regionalvertretung Osnabrück	31
6.2.	Ausländische Hilfesuchende	34
6.3.	Altersverteilung	36
6.4.	Unter 25-Jährige	37
6.5.	Fazit RV Osnabrück	38

1. Vorbemerkungen

In den Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück (Region West) der ZBS Niedersachsen hat die Vertretung in Oldenburg gemeinsam mit den Einrichtungen der niedrigschwelligen ambulanten Angebote gem. §§ 67 ff. SGB XII¹ im Zuständigkeitsbereich der ZBS West eine Stichtagserhebung zu von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Personen durchgeführt. Darüber hinaus haben sie nach Personen gefragt, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

In den niedersächsischen Tagesaufenthalten gem. §§ 67 ff. SGB XII werden landesweit zurzeit keine Daten zur Lebenssituation der Hilfesuchenden erfasst. Im Basisangebot werden erst seit dem Jahr 2016 solche Daten erhoben. Ergebnisse liegen daher derzeit nur im überschaubaren Maße vor. Insofern ist die vorliegende Stichtagserhebung als Ergänzung der bewährten Statistikformate auf Landesebene zu sehen. Hier sind insbesondere die jährlichen Statistikberichte der ZBS Niedersachsen zu nennen².

Die Abfrage 30.01.2026 stellt die zwölfte Stichtagserhebung im Gesamtbereich Westniedersachsens dar (2014: Regionalvertretung Oldenburg und seit 2015 Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück).

Im vorliegenden Bericht werden, wie gewohnt, an geeigneten Stellen die Ergebnisse der Stichtagserhebung 2026 mit den Ergebnissen der Vorjahre gegenübergestellt. Wichtig beim Lesen ist, dass Stichtagserhebungen grundsätzlich nur eine Momentaufnahme darstellen und nicht (wie beispielsweise die jährlichen Statistikberichte der ZBS Niedersachsen) eine umfängliche Darstellung der Hilfeentwicklung beschreiben. Es lassen sich dennoch Tendenzen erkennen, die durch den regelmäßigen Austausch zwischen den Einrichtungen und den ZBS Regionalvertretungen in Westniedersachsen gestützt werden.

An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der befragten Einrichtungen in den Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück für ihre langjährige Unterstützung!

2. Ziel der Stichtagserhebung

Das Ziel ist und bleibt unverändert. Mit Hilfe der Stichtagserhebung sollen qualifizierte Aussagen darüber erlangt werden, wie sich die Lebenslage hinsichtlich der Wohnsituation bei den Besucher:innen der Tagesaufenthalte und den Hilfesuchenden im Basisangebot der Ambulanten Hilfen im Bereich Weser-Ems (Beratungsgebiet der ZBS West) darstellt. Beide Einrichtungstypen sind ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Das Basisangebot ist das Angebot einer Beratungsstelle ohne Zugangsbarrieren.³

¹ Hierbei handelt es sich um die Angebote der Tagesaufenthalte und das so genannte Basisangebot.

² <https://www.zbs-niedersachsen.de/publikationen/>

³ Darüber hinaus gibt es in Niedersachsen drei weitere Einrichtungstypen:

- Persönliche Einzelfallhilfe mit Grundanerkennnis in der Ambulanten Hilfe
- Stationäre Hilfe
- Ambulante nachgehende Hilfe nach Stationärer Hilfe

In diesen Einrichtungen findet der Statistikdatensatz der BAG-Wohnungslosenhilfe Anwendung.

Die Ergebnisse der niedersachsenweit erhobenen Daten zur Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten gem. §§ 67 ff. SGB XII werden im jährlich erscheinenden Statistikbericht der Zentralen Beratungsstelle Niedersachsen veröffentlicht. A. a. O.

Die Ergebnisse der Stichtagserhebung geben einen ersten Anhaltspunkt über die Anzahl wohnungsloser bzw. akut von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Westniedersachsen wieder. Hierzu wird die Variable „Wohnungsnotfall“ der BAG-Wohnungslosenhilfe herangezogen. Die Form der Erhebung ist seit 2015 unverändert.

Weiterhin wird im Rahmen der Stichtagserhebung 2026, vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation in Deutschland, ein besonderes Augenmerk auf die Inanspruchnahme der niedrigschwelligen Hilfeangebote gem. §§ 67 ff. SGB XII durch Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit gelegt. Da die Variable der Staatsangehörigkeit ebenfalls seit dem Jahr 2015 abgefragt wurde, lassen sich auch hier tendenzielle Entwicklungen erkennen.

Es sollen darüber hinaus mit Hilfe von Kreuztabellen das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit und das Alter erfasst werden. Im Hinblick auf die Altersstruktur der Hilfesuchenden wird insbesondere die Gruppe der wohnungslosen jungen Erwachsenen herausgestellt – sowohl für die Region West insgesamt, als auch in den Teilberichten der Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück.

Die Region für die Stichtagserhebung zum 30.01.2026 ist der Zuständigkeitsbereich der ZBS Niedersachsen – Regionalvertretung Oldenburg mit neun Tagesaufenthalten und elf Basisangeboten sowie Regionalvertretung Osnabrück mit fünf Tagesaufenthalten und elf Basisangeboten gem. §§ 67 ff. SGB XII.

Erhoben werden zu diesem Stichtag folgende Personen:

- Besucher:innen in den Tagesaufenthalten
- Personen, die die Einrichtungsadresse als Postadresse verwenden (auch ohne Anwesenheit in der Einrichtung am Stichtag – sie müssen zur Erreichbarkeit regelmäßig vorsprechen - durchschnittlich etwa alle drei Tage)
- Personen, die im Basisangebot um Beratung nachsuchen
- Personen, die in der Ambulanten Hilfe mit einem Kostenanerkennnis des Leistungsträgers (Grundanerkennnis) unterstützt werden und ohne Wohnung oder Platz in der Übergangswohnung sind
- Personen, die die Übernachtung nutzen

Durch den Abgleich der Daten in den Städten, in denen mehrere der in der Stichtagserhebung berücksichtigten Angebote bestehen, werden Doppelnennungen vermieden.

Diese Stichtagserhebung ist keine Vollerhebung mit der Abfrage sämtlicher Übernachtungen und Notschlafstellen⁴. Darüber hinaus gibt es Landkreise, die keine Tagesaufenthalte vorhalten. Ferner werden Einrichtungen außerhalb der Wohnungslosenhilfe wie bspw. Frauenhäuser und die niedrigschwellige Drogenhilfe nicht befragt. Insofern kann und will die Stichtagserhebung eine bundes- oder landesweite Wohnungsnotfallstatistik nicht ersetzen – vielmehr sollen in der Zeit bis zur Einführung einer solchen Vollerhebung zumindest Erkenntnisse aus einem Teilbereich gewonnen werden.

Die Daten können und sollen vor Ort von den Einrichtungen als Basis für zielgenaues lokales sozialpolitisches Planen und Handeln im Bereich der Hilfen für Wohnungsnotfälle verwendet werden.

⁴ Es werden auch keine Angaben über eine „mögliche Dunkelziffer“ getroffen, da nur Klient:innen erfasst werden, die das Hilfesystem der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII aufsuchen.

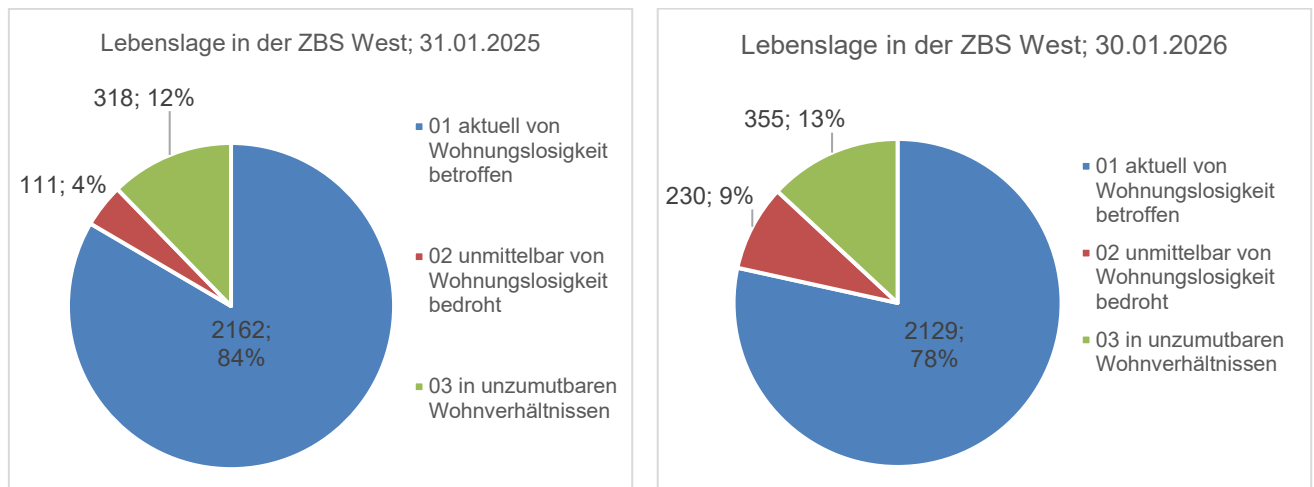
3. Ergebnisse aus der ZBS-Region West (Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück)

Den Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück liegen Daten aus 21 Ambulanten Hilfen (plus einem lokalen Basisangebot) und 14 Tagesaufenthalten vor, der Anteil der verwertbaren Rückläufe liegt bei 100 %. Darüber hinaus fließen Daten zur Nutzung der Notübernachtungsstellen und ordnungsrechtlichen Unterbringungen der Stadt Norden am Stichtag in die Auswertung mit ein. Die datenliefernden Einrichtungen entsprechen denen der Vorjahreserhebungen seit 2021.

Nach den im Anhang beschriebenen Kriterien wurden am Stichtag 30. Januar 2026 insgesamt 2714⁵ (2025: 2591) wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebende Personen in den niedrigschwelligen Einrichtungen gem. §§ 67 ff. SGB XII in Westniedersachsen gezählt. Dies sind 372 Personen mehr als im Vorjahr.

3.1. Lebenslage und Geschlecht

Die nachfolgende Abbildung stellt die Verteilung in den Kategorien „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ (01), „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht“ (02) und „in unzumutbaren Wohnverhältnissen“ (03) dar.



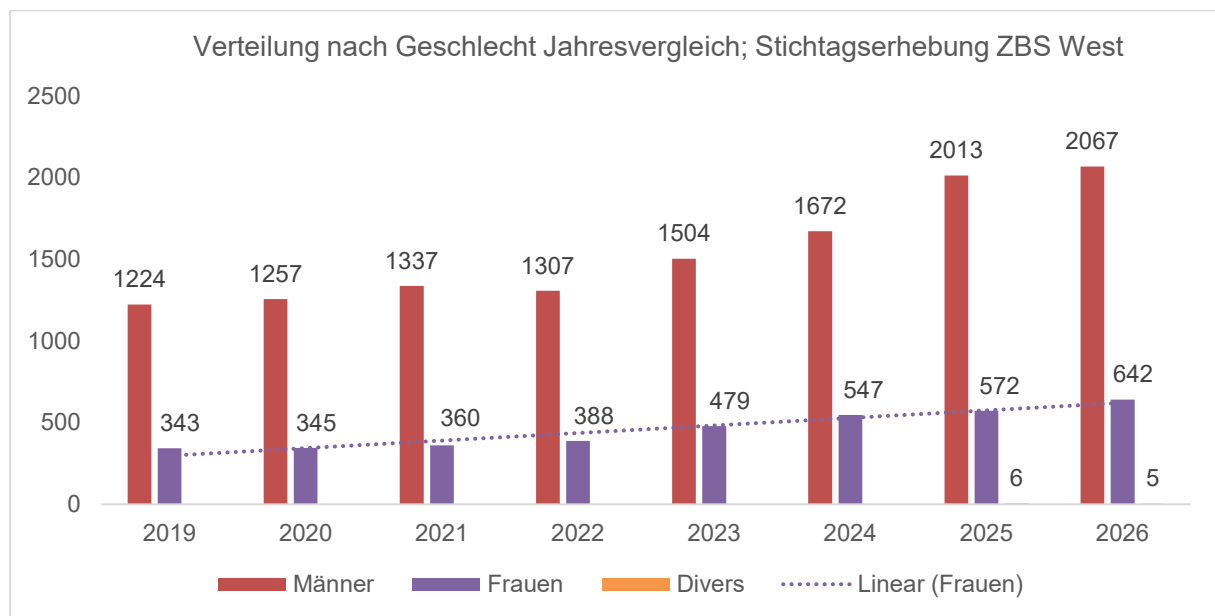
Der Anteil der Menschen, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind, liegt im Vergleich zu den anderen Kategorien konstant auf einem sehr hohen Niveau. Zum Stichtag 2026 waren 2.129 Personen wohnungslos, was 78 % aller erhobenen Fälle entspricht (darunter 1.640 Männer, 485 Frauen und 4 Personen divers). Im Vorjahr 2025 lag der Anteil bei 84 %: Damals wurden 2.162 Betroffene gezählt (1.700 Männer, 458 Frauen und 4 Personen divers). Die prozentuale Verteilung der dritten Kategorie ist gegenüber 2025 nahezu unverändert und wächst nur um ein Prozent, da sich die absoluten Zahlen in der Gruppe der Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen weiter erhöht haben. In unzumutbaren Wohnverhältnissen lebten zum Stichtag 2026 insgesamt 355 Personen (13 %), darunter 259 Männer, 95 Frauen und eine Person divers. Im Jahr 2025 lag diese Zahl bei 318 (234 Männer und 84 Frauen).

⁵ Leider können zu 15 Personen keine genaueren Angaben zu Staatsangehörigkeit gemacht werden und von diesen haben fünf Personen ihr Geschlecht mit divers angegeben. Um diese Personen zu schützen und keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen zu ermöglichen, werden in diese 15 Fälle in der folgenden Gesamtsumme ausgeklammert (n=2699).

Die Anzahl der Personen der zweiten Kategorie, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen hat sich im Jahr 2026 mehr als verdoppelt. Waren zum Stichtag 2025 111 Personen unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht, so sind es zum aktuellen Stichtag 230 Personen. Dies entspricht 9 % der gesamterfassten Personen. Davon entfielen 168 auf Männer und 62 auf Frauen (2025: 80 Männer und 31 Frauen).

Die Zahlen steigen weiter und die Verteilung nach Geschlecht ist im Jahresvergleich ähnlich geblieben. Dennoch ist festzuhalten, dass nicht nur die absoluten Zahlen der Männer steigen, sondern auch der Anteil der Frauen. Jede vierte Person, die am Stichtag die teilnehmenden Einrichtungen aufgesucht haben, ist mittlerweile weiblich.

Eine differenzierte Betrachtung nach Geschlecht zeigt die nachfolgende Übersicht.



Der Großteil der erfassten Personen ist männlich. In den Kategorien 01 bis 03 beträgt der Männeranteil 77,2 % (2025: 77,7 %). Der Anteil der Frauen steigt im Jahresvergleich weiter an und lag zum Stichtag 2026 bei 23,7 % (2025: 22,1 %). In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Zuwachs von 572 auf 642 Frauen. Der Anteil der Frauen ist seit 2019 stabil über 20 % der erfassten Personen.

Von den insgesamt 642 Frauen waren am 30.01.2026 rund 485 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen (2025: 458). Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Erhebung ausschließlich Menschen (Männer, Frauen und Divers) erfasst werden, die in den Beratungseinrichtungen der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII von der ZBS Niedersachsen dokumentiert wurden. Daten aus anderen Unterstützungssystemen, wie ordnungsrechtlichen Unterbringungen der Kommunen, fließen nicht in die Statistik ein. Zudem wird ein drittes Geschlecht erst seit 2025 gesondert erfasst.

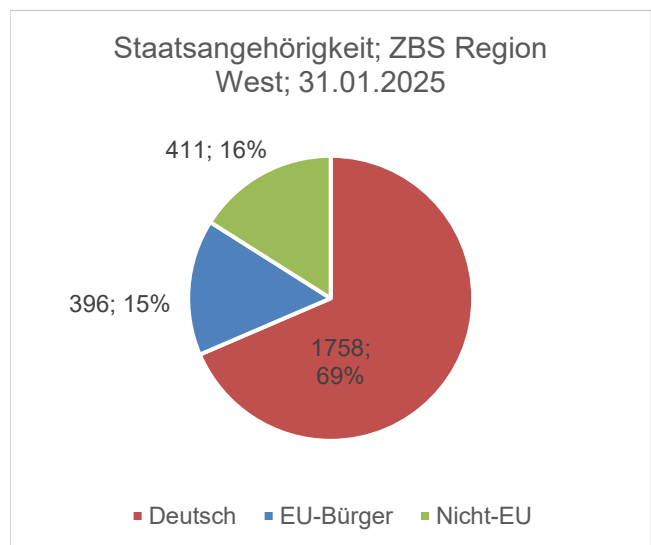
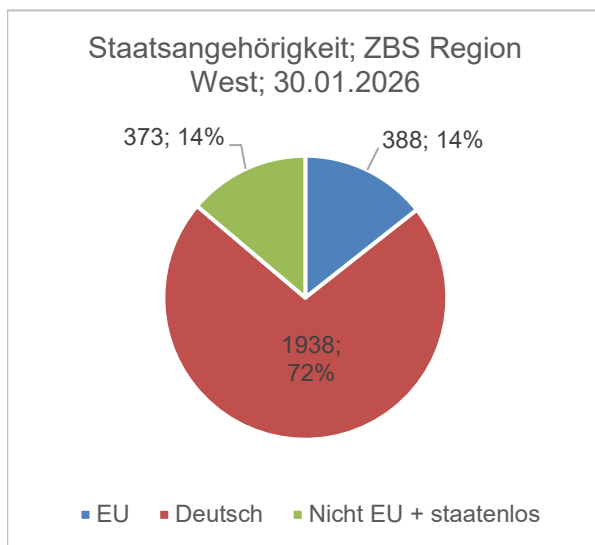
Besonders hoch ist die Zahl der weiblichen Hilfesuchenden in den Einrichtungen nach § 67 SGB XII in Oldenburg (124), Osnabrück (119), Emden (75) und Delmenhorst (28). In den Landkreisen wurden u. a. in Aurich 93, in der Wesermarsch und Leer jeweils 29, im Emsland 25, im Landkreis Diepholz 22 sowie in den Landkreisen Osnabrück und in Vechta 21 bzw. 20 Frauen gezählt.

3.2 Ausländische Hilfesuchende

Die Entwicklung der Zahlen nach Staatsangehörigkeit der Hilfesuchenden⁶ stellt sich in dieser Stichtagserhebung wie folgt dar.

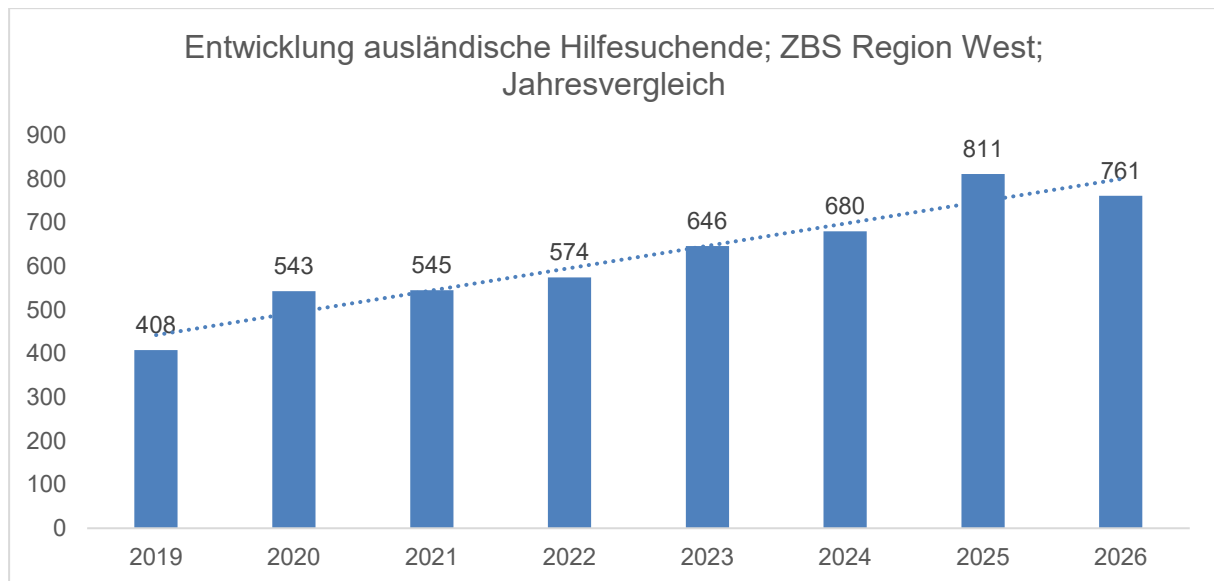
01-03 Gesamt ZBS West (RV OL und RV OS). [Zahlen aus 2025 in Rot]							
Staatsan- gehörigkeit	Deutsch	EU	sonstige*	staatenlos	gesamt	in %	valide
Geschlecht							
männlich	1475/ 1356	268/ 288	313/ 351	1/ 2	2057/ 1997	76,2/ 77,9	77,9/ 77,9
weiblich	463/ 397	120/ 107	56/ 60	3/ 2	642/ 566	23,8/ 22,1	22,1/ 22,1
Gesamt	1938/ 1753	388/ 395	369/ 411	4/ 4	2699/ 2563		
in %	71,8/ 68,4	14,4/ 15,4	13,7/ 16,0	0,1/ 0,2		100,0	100,0

Die nachfolgende Abbildung zeigt zunächst die Staatsangehörigkeit der Hilfesuchenden in den Einrichtungen gem. §§ 67 ff. SGB XII in Westniedersachsen und sie zeigt, dass die meisten der am Stichtag 30.01.2026 erfassten Personen deutsche Staatsangehörige sind. Aus einem anderen Land der EU kommen 14 % und ebenfalls 14 % besitzen die Staatsangehörigkeit eines Landes außerhalb der EU. 2026 galten vier Personen als staatenlos und bei 11 Personen konnten keine Angaben zur Herkunft gemacht werden.

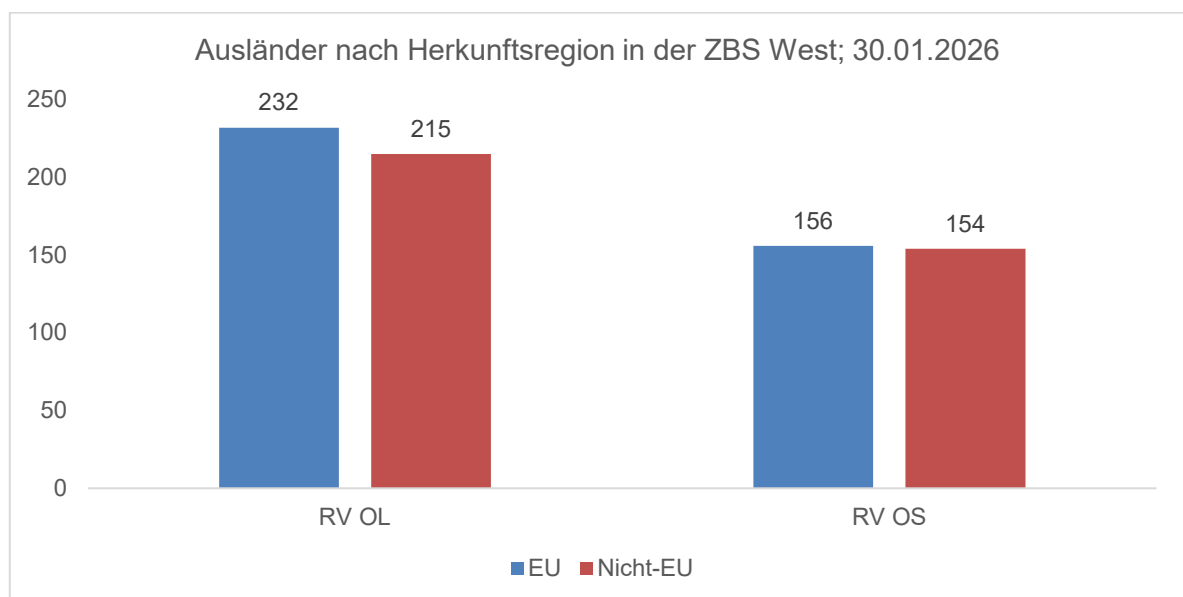


Die Tendenz des zunehmenden Anteils hilfesuchender Menschen mit einer anderen Staatsbürgerschaft als der deutschen, ist erstmal rückläufig. Ob sich daraus ein langfristiger Trend entwickelt oder es eine übliche Schwankung bei der Methodik einer Stichtagserhebung ist, dass müssen zukünftige Daten zeigen.

⁶ n=2699 ; siehe Fussnote 5

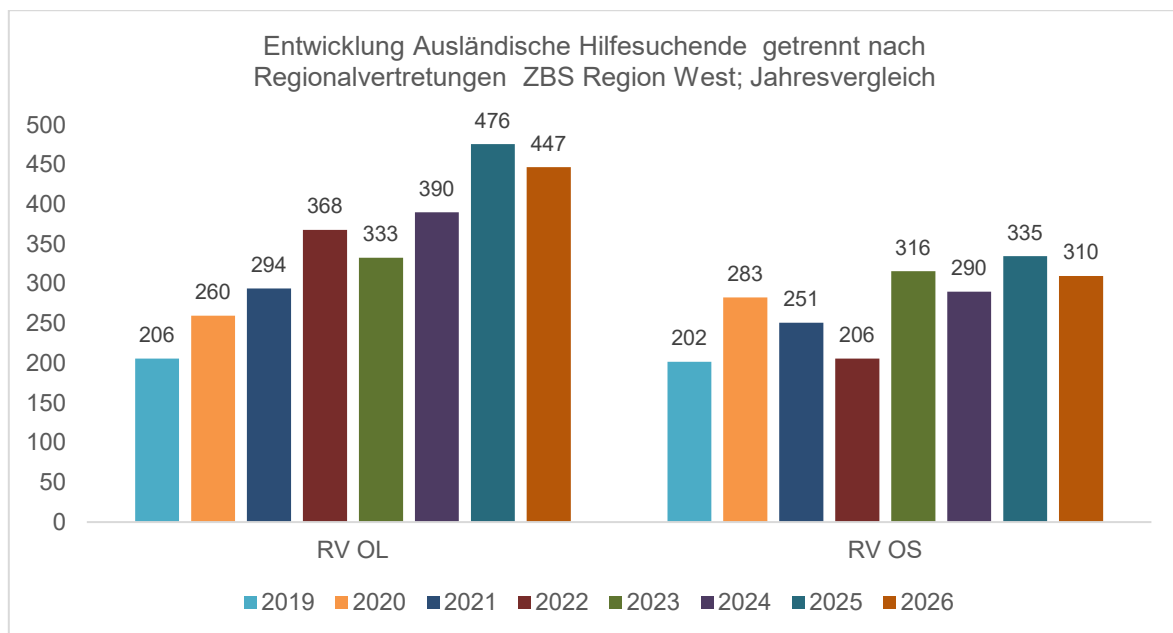


Im Vergleich zu 2015 können wir 2026 fast das Siebenfache (6,5x) der Anzahl an Hilfesuchenden mit anderer Nationalität im Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe dokumentieren. Die Einschätzungen der Mitarbeiterschaft, dass diese Bevölkerungsgruppe zunehmend vom Mangel an Wohnraum betroffen ist, wird dadurch weiter bestätigt. Von einer Mehrbelastung durch sprachliche Barrieren in den Beratungssituationen wird regelmäßig berichtet und kann aufgrund dieser Zahlen ausgegangen werden.



Die Abbildung veranschaulicht, wie sich die Gruppe der ausländischen Hilfesuchenden zusammensetzt. Der Anteil der ausländischen Hilfesuchenden mit einer EU-Staatsangehörigkeit liegt 2026 bei 51,3 % (2025: 48,9 %), die mit einer Nicht-EU- Staatsangehörigkeit bei 48,7 % (2025: 51,1 %).

In der folgenden Grafik sind die jeweiligen Gesamtanteile der ausländischen Hilfesuchenden⁷ in den Regionalvertretungen Oldenburg und Osnabrück aus den Stichtagserhebungen seit 2015 gegenübergestellt:



Die Auswertung der Daten zeigt, dass die Zahl der ausländischen Hilfesuchenden in der Regionalvertretung Oldenburg seit 2018 mehr oder minder kontinuierlich steigt. Es ist derzeit davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch in den kommenden Jahren fortsetzt. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Regionalvertretungen unterschiedliche Entwicklungen aufweisen: Während die Zahlen in Osnabrück stärker schwanken, kam es dort nach einem deutlichen Anstieg im letzten Jahr nun erneut zu einem Rückgang. Waren in den letzten acht Jahren durchschnittlich 274 ausländische Hilfesuchende in den Einrichtungen der ZBS Regionalvertretung Osnabrück, so waren es in der Regionalvertretung Oldenburg 347 ausländische Hilfesuchende in den letzten acht Jahren. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zahl der ausländischen Hilfesuchenden in beiden Regionalvertretungen wächst – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig weiter ansteigen wird. Zur Zeit könnte es zumindest für Osnabrück einen Trend dazu geben, dass sich der Wert um die 310 Personen einpendelt (mit minimalen Schwankungen) – dies bleibt zu beobachten!

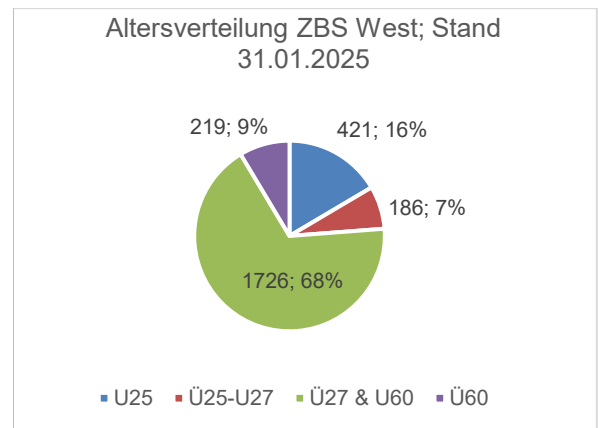
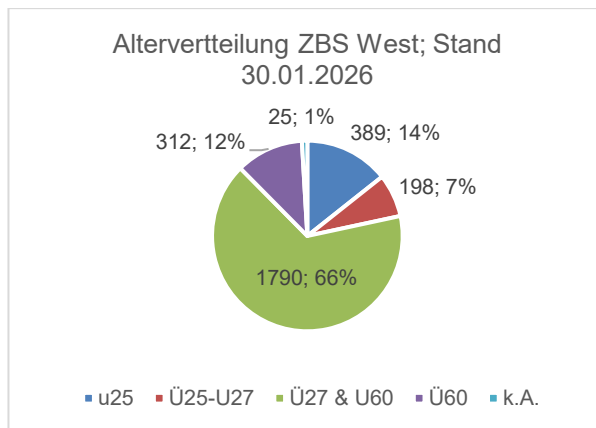
3.3 Junge wohnungslose Menschen

Nachfolgend soll die Inanspruchnahme der niedrigschwelligen Angebote gem. §§ 67 ff. SGB XII in Westniedersachsen durch junge wohnungslose Menschen⁸ betrachtet werden.

Die folgenden Grafiken stellen zunächst die Altersverteilung aller im Rahmen der Stichtagserhebungen 2025 und 2026 erfassten Personen dar.

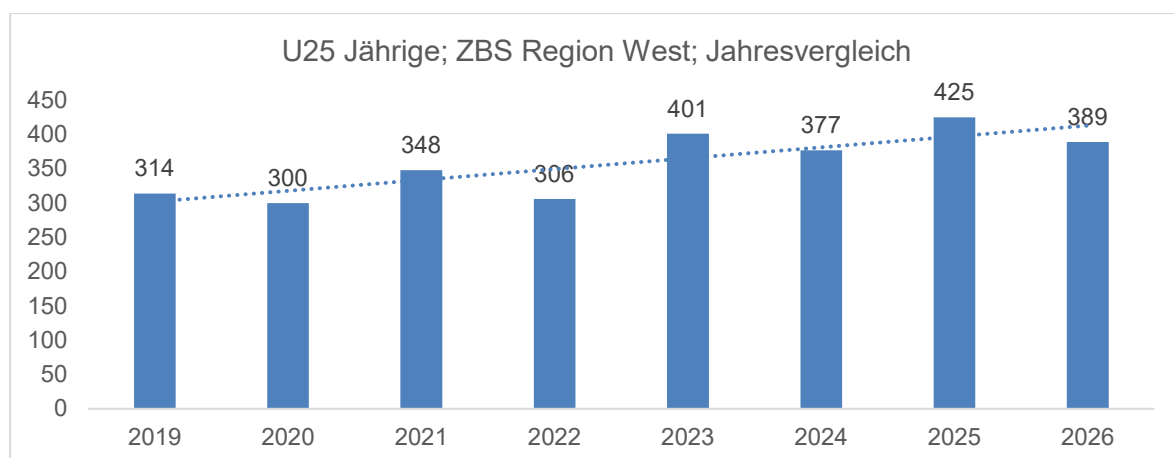
⁷ Incl. zwei Zählungen von Menschen, die als staatenlos gelten

⁸ Altersgruppe 18 bis unter 27 Jahren



Mehr als 587 junge Menschen unter 27 Jahren (2025: 607) wurden am Stichtag in den niedrigschwelligen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Westniedersachsen gezählt. Dies entspricht einem Anteil von 21,7 % (2025: 23,4 %) aller erfassten Personen. Wie bereits in den Vorberichten dargestellt, verfestigt sich diese Entwicklung, doch ist sie dieses Jahr prozentual und in den absoluten Zahlen etwas rückläufig.

Die Altersgruppe der unter 25-Jährigen wird nachfolgend näher betrachtet. Die Trendlinie der Grafik veranschaulicht, dass die Anzahl der erfassten Personen in dieser Kategorie seit 2015, trotz Schwankungen, stetig steigend ist. Die Höchstwerte der unter 25-Jährigen bei den Stichtagserhebungen 2017 und 2021 werden nun seit vier Jahren teils deutlich überschritten.



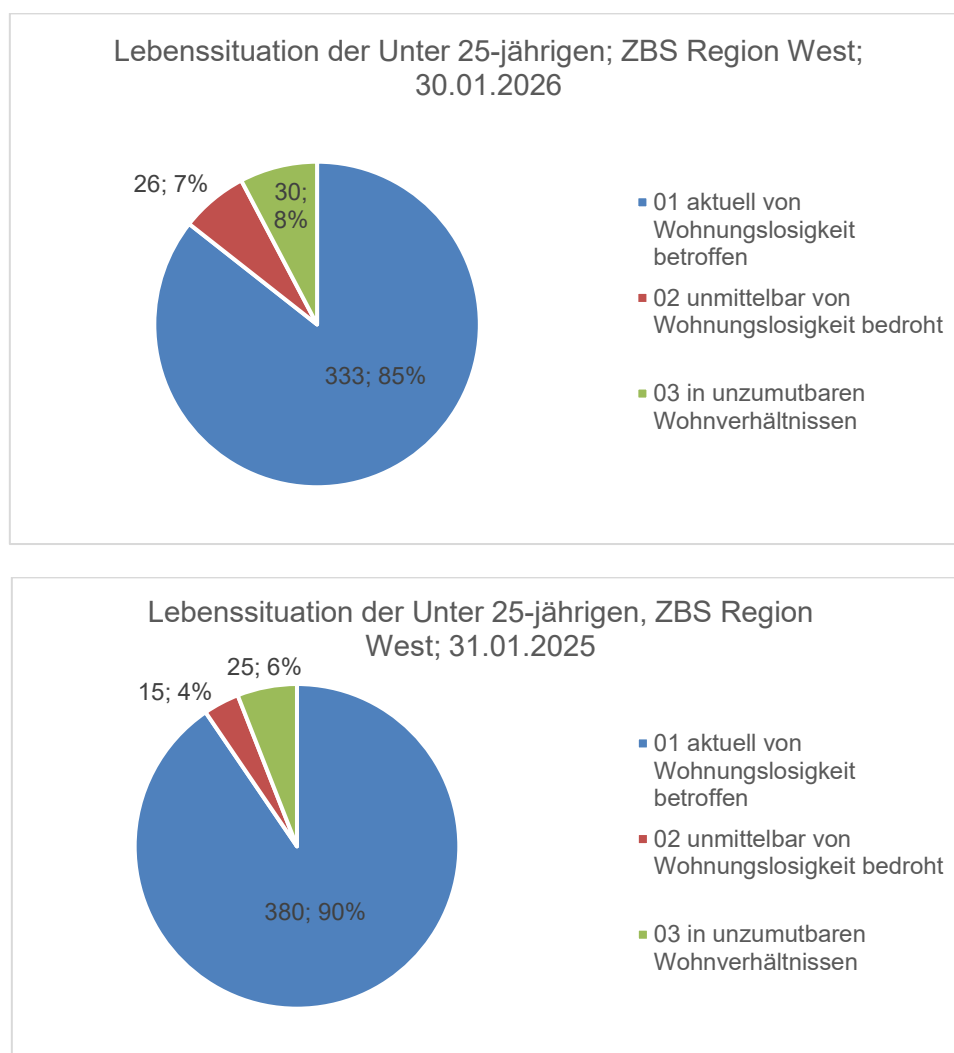
Eine genauere Analyse der Daten belegt, dass junge wohnungslose Menschen am häufigsten in den Großstädten Westniedersachsens erfasst wurden. Die meisten unter 25-Jährigen wurden im Jahr 2026 in den Städten Osnabrück mit 62 (2025: 86) und Emden mit 46 (2025: 30) gezählt, gefolgt von der Stadt Oldenburg mit 29 (2025: 42). Bei den Landkreisen hat der Landkreis Aurich die meisten Erfassungen mit 67 (2025: 73)⁹, gefolgt vom Landkreis Emsland mit 28 (2025: 28) und dem Landkreis Leer mit 27 (2025: 10). Bezieht man die unter 27-Jährigen in diese Betrachtung mit ein, ergibt sich folgendes Bild: Osnabrück hat in der Altersgruppe der bis unter 27-Jährigen die meisten Betroffenen mit 100 (2025: 171), es folgt mit etwas Abstand die Stadt Oldenburg mit 67 (2025: 76), dann mit etwas Abstand die Stadt Emden mit 57 (2025: 39) dahinter. In den Landkreisen Aurich

⁹ Hier fließen auch Zahlen aus der ordnungsrechtlichen Unterbringung mit ein (20 Zählungen).

wurden mit 114 (2025: 87), dem Landkreis Emsland wurden 41 und in den Landkreisen Leer und Wesermarsch mit 36 bzw. 27 unter 27-Jährige gezählt.

Von den 389 unter 25-Jährigen im Jahr 2026 waren 118 Ausländer:innen (2025: 122). Die meisten ausländischen jungen Menschen in der Wohnungslosenhilfe wurden folglich in den Städten Oldenburg (2026: 24; 2025: 30) und Osnabrück (2026: 26; 2025: 41) erfasst.

Die meisten der unter 25-jährigen Menschen in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Westniedersachsen, die an beiden Stichtagen erfasst wurden, waren aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.



Die genaueren Aufschlüsselungen nach den einzelnen Gebietskörperschaften zur Verteilung der unter 25-Jährigen können Sie in den folgenden Regionalteilen ab Kapitel 5 entnehmen. Auf den ersten Blick hat sich im Gesamtbild der Verteilung in den letzten Jahren nicht viel geändert und die Verteilungen ähneln. Auffällig ist aber der Punkt, dass in Osnabrück die doppelte Anzahl von U25-jährigen gezählt wurde, obwohl beide Städte fast gleich groß sind und eine ähnliche Hilfestruktur aufweisen. Einzig Oldenburg hat eine Beratungsstelle für U25-jährige aufgebaut und es scheint so, dass diese einen Teil dazu beiträgt, dass nicht so viele junge Menschen in das Hilfesystem nach §§ 67 ff. SGB XII gelangen.

3.4 Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen

Die nachfolgenden Daten zeigen differenziert das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit in der Ausprägung „Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ (Kategorie 01).

Von den 2.116 Personen, die im Jahr 2025 als aktuell wohnungslos erfasst und zugeordnet werden konnten, sind 77,1 % Männer und 22,9 % Frauen (2025: 78,9 % Männer und 21,1 % Frauen). Der Frauenanteil ist damit im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht gestiegen und liegt mit 485 Personen auch über den Werten der Jahre zuvor (2025: 452).

Die Auswertung nach Staatsangehörigkeit ergibt folgendes Bild: 69,5 % der Betroffenen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit (2025: 68,1 %), 15,7 % sind Bürger anderer EU-Staaten (2025: 15,8 %). Eine Staatsangehörigkeit außerhalb der EU haben 14,7 % (2025: 16 %). Während der Anteil der EU-Bürger in den Jahren 2020 bis 2022 noch bei etwa 20 % lag, ist er seit 2024 eher rückläufig. Der Anteil der Personen mit einer Staatsangehörigkeit außerhalb der EU stagniert.

01 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen							
Staatsan- gehörigkeit	Deutsch	EU	sonstige	staatenlos	gesamt	in %	valide
Geschlecht							
männlich	1129	236	265	1	1631	77,1	77,1
weiblich	342	96	45	2	485	22,9	22,9
gesamt	1471	332	310	3	2116		
in %	69,5	15,7	14,7	0,1		100,0	100,0
Alter							
unter 14	14	4	0	0	18	0,9	0,9
14- unter 18	8	1	0	0	9	0,4	0,4
18 - unter 21	70	13	11	1	95	4,5	4,5
21 - unter 25	137	22	32	0	191	9,0	9,1
25- unter 27	93	21	25	0	139	6,6	6,6
27 - unter 45	590	87	106	1	784	37,1	37,2
45 - unter 60	367	130	92	1	590	27,9	28,0
60 und älter	192	46	41	0	279	13,2	13,3
keine Angabe	0	8	3	0	11	0,5	
gesamt	1471	332	310	3	2116		
in %	69,5	15,7	14,7	0,1		100,0	100,0

Die Auswertung der Altersstruktur zeigt, dass 27 Personen unter 18 Jahre alt sind (2025: 28). In der Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren wurden 95 Personen erfasst (2025: 142), in der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen 191 Personen (2025: 210). Zusammen ergibt dies einen Anteil von 14,9 % (2025: 17,9 %). Bezieht man zusätzlich die 25- bis unter 27-Jährigen ein – für die ebenfalls noch Jugendhilfeleistungen möglich sind – steigt der Anteil auf 21,5 % (2025: 25,8 %). Dieser Wert hat sich nach einem kontinuierlichen Anstieg in den Vorjahren inzwischen stabilisiert bzw. verzeichnet nun einen leichten Rückgang. Dennoch zeigt sich, dass mindestens jede fünfte Person der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen unter 27 Jahre alt ist.

Der größte Anteil entfällt mit 65 % erwartungsgemäß auf die Altersgruppe der 27- bis unter 60-Jährigen (2025: 67,3 %). Personen ab 60 Jahren stellen 13,2 % der Betroffenen dar (2025: 7 %). Dieser Wert schwankte in den vergangenen Jahren um einen Mittelwert von etwa 6 % und ist erstmals über die 10%-Schwelle gestiegen.

3.5 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht

Die nachfolgenden Daten zeigen differenziert das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit in der Ausprägung „Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht“ (Kategorie 02).

Auch in dieser Kategorie bleibt es ähnlich, dass Männer öfter unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind als Frauen. Bei 72,9 % (2025: 71,4 %) der Männer und 27,1% (2025: 26,8 %) der Frauen ist ein Verbleib in ihrer Wohnung fraglich. Die Gesamtanzahl dieser Erfassungskategorie liegt mit 229 Personen deutlich über dem Wert des Vorjahres (2025: 110). Die Anzahl hat sich mehr als verdoppelt.

Von den in 2026 gezählten und zuzuordnenden 229 Personen, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, besitzen 167 Personen, also 72,9 % (2025: 79,1 %) die deutsche Staatsbürgerschaft, 25 Personen (10,9 %) sind EU-Bürger:innen (2025: 7 Pers.; 6,4%) und 37 Personen (16,2 %) sind Staatsbürger:innen eines Landes außerhalb der EU (2025: 16 Pers.; 14,3 %).

02 unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht							
Staatsan- gehörigkeit	Deutsch	EU	sonstige	staatenlos	gesamt	in %	valide
Geschlecht							
männlich	124	15	28	0	167	72,9	72,9
weiblich	43	10	9	0	62	27,1	27,1
gesamt	167	25	37	0	229		
in %	72,9	10,9	16,2	0,0		100,0	100,0
Alter							
unter 14	0	1	0	0	1	0,4	0,4
14- unter 18	0	2	0	0	2	0,9	0,9
18 - unter 21	7	1	0	0	8	3,5	3,5
21 - unter 25	10	2	3	0	15	6,6	6,6
25- unter 27	7	0	5	0	12	5,2	5,3
27 - unter 45	55	15	20	0	90	39,3	39,6
45 - unter 60	54	4	7	0	65	28,4	28,6
60 und älter	32	0	2	0	34	14,8	15,0
keine Angabe	2	0	0	0	2	0,9	
gesamt	167	25	37	0	229		
in %	72,9	10,9	16,2	0,0		100,0	100,0

Von den 229 Menschen, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, sind drei Person unter 18 Jahren. Im Jahr 2025 war es eine Person. Sieben Personen sind zwischen 18 bis unter 21 Jahre alt (6,3 %) und ebenfalls sieben Personen sind zwischen 21 bis unter 25 Jahre alt (6,3%). Im Jahr 2025 verteilten sich sieben Personen in die Altersgruppen von 18 bis unter 21 Jahren und ebenfalls sieben Personen in die 21 bis unter 25 Jahren (jeweils 6,3 %). Der Anteil junger Menschen unter 25 Jahre beträgt 2026 11,4 % (2025: 12,6 %).

In der Altersgruppe 25 bis unter 27 Jahre gab es 2026 zwölf Nennungen (5,2 %) (2025: 8; 7,1 %). Insgesamt liegt der Prozentsatz der unter 27-Jährigen im Jahr 2026 mit 38 Zählungen bei 16,6 % (2025: 23 Personen; 19,7 %). Der Rückgang von den Erhebungstagen der Vorjahre wurde nun wieder umgekehrt. Vergleicht man die Stichtagserhebungen der letzten Jahre, so sieht man, dass eine Tendenz in dieser Kategorie (Altersgruppe Unter 25/27 jährigen) nicht gut ersichtlich ist. Die Werte der letzten Jahre variieren meist stark um dem Wert 20. Dies ist aber wahrscheinlich dem grundsätzlichen Erhebungsinstrument einer Stichtagserhebung geschuldet.

Der Anteil der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen beträgt in der Altersgruppe der 27- bis unter 60-Jährigen 67,7 % (2025: 65,2 %). Einen leichten Anstieg verzeichnet auch in dieser Kategorie die Altersgruppe 60 Jahre und älter auf 14,8 % (2025: 13,4 %) ¹⁰.

3.6 In unzumutbaren Wohnverhältnissen

Die nachfolgenden Daten zeigen differenziert das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit in der Ausprägung „in unzumutbaren Wohnverhältnissen“ (Kategorie 03).

Von den 354 gezählten und zuzuordnenden Personen (2025: 317 Personen), die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, waren 73,2 % (2025: 76,4 %) Männer und 26,8 % (2025: 23,6 %) Frauen. In dieser Kategorie ist nach dem Vorjahr wieder ein weiterer neuer Höchststand erfasst worden.

Bei der Frage nach der Staatsangehörigkeit bietet sich folgendes Bild: 84,7 % (2025: 67,2 %) sind deutsche Staatsbürger:innen, 8,8 % (2025: 15,5 %) sind EU-Bürger:innen und eine Staatsangehörigkeit außerhalb des Gebietes der EU haben 6,2 %, also 22 Personen (2025: 53; 16,7 %).

03 in unzumutbaren Wohnverhältnissen							
Staatsan- gehörigkeit	Deutsch	EU	sonstige	staatenlos	gesamt	in %	valide
Geschlecht							
männlich	222	17	20	0	259	73,2	73,2
weiblich	78	14	2	1	95	26,8	26,8
gesamt	300	31	22	1	354		
in %	84,7	8,8	6,2	0,3		100,0	100,0
Alter							
unter 14	0	1	0	0	1	0,3	0,3
14- unter 18	1	2	0	0	3	0,8	0,9
18 - unter 21	4	1	0	0	5	1,4	1,5
21 - unter 25	18	2	1	0	21	5,9	6,3
25- unter 27	34	2	2	0	38	10,7	11,5
27 - unter 45	96	12	1	0	109	30,8	32,9
45 - unter 60	88	8	0	1	97	27,4	29,3
60 und älter	53	1	3	0	57	16,1	17,2
keine Angabe	6	2	15	0	23	6,5	
gesamt	300	31	22	1	354		
in %	84,7	8,8	6,2	0,3		100,0	100,0

Die Daten zur Altersstruktur zeigen, dass vier Personen unter 18 und fünf unter 21 Jahre alt waren, insgesamt 7 Personen wurden in diesen Kategorien am Stichtag 2025 erfasst (2,2 %). Am Stichtag 2026 liegt dieser Prozentsatz bei 2,6 %. 21 Personen sind 2026 zwischen 21 bis unter 25 Jahre alt sind (2025: 19; 2,8 %). Diese Gruppe der unter 25-Jährigen macht somit einen Anteil von 8,5 % (2025: 8,3 %) aus. Wird wieder die Gruppe der 25- bis unter 27-Jährigen, für die u. U. auch noch die Jugendhilfe zuständig sein kann, hinzugezählt, ergibt sich ein Prozentwert von 19,2 % (2025: 11,1 %).

Die meisten Menschen sind aber weiterhin in der Altersgruppe der 27- bis unter 60-Jährigen zu finden 58,2 % (2025: 76 %). Mit 57 Nennungen ist der Anteil der in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebenden Menschen, die 60 Jahre und älter sind, bei 16,1 % (2025: 56;

¹⁰ Dies ist weiter zu beobachten, insbesondere unter Hinblick von passgenauen Angeboten für wohnungslose (frühgealterte) Senior:innen.

17,8 %) und ist nun wieder auf einem neuen Höchstwert. In dieser Kategorie ist leider auch der höchste Prozentsatz der Personen ohne Altersangabe zu finden.¹¹

4. Fazit/Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Gesamtkapitels 3 zeigen für die ZBS-Region West insgesamt eine weiterhin angespannte und quantitativ wachsende Wohnungsnotlage. Am Stichtag 30. Januar 2026 wurden in den niedrighschwelligen Angeboten nach §§ 67 ff. SGB XII insgesamt 2.714 Personen erfasst, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen, unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebend waren. Gegenüber dem Vorjahr mit 2.591 erfassten Personen entspricht dies einem Anstieg um 123 Personen bzw. rund 4,7 %. Da es sich um eine Stichtagerhebung handelt, sind die Ergebnisse als belastbare Momentaufnahme und nicht als Vollerhebung zu interpretieren; gleichwohl bestätigen sie die bereits in den Vorjahren beschriebene strukturelle Belastung des Hilfesystems.

Die Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ bildet weiterhin den mit Abstand größten Anteil. Mit 2.129 Personen entfallen rund 78 % aller erfassten Fälle auf diese Ausprägung. Daneben wurden 230 Personen als unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht erfasst; dies entspricht rund 9 % der Gesamtzahl und bedeutet im Vergleich zum Vorjahr mehr als eine Verdoppelung dieser Kategorie. Weitere 355 Personen lebten am Stichtag in unzumutbaren Wohnverhältnissen; ihr Anteil liegt bei rund 13 %. Damit bleibt die akute Wohnungslosigkeit zwar die dominierende Problemlage, zugleich zeigen insbesondere die mehr als verdoppelte Zahl der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen sowie der erneute Anstieg bei Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen, dass sich Wohnungsnot auch im Vorfeld eines vollständigen Wohnungsverlustes sowie in prekären Wohnsituationen weiter verfestigt.

Die geschlechtsspezifische Verteilung bleibt deutlich männlich geprägt, verändert sich jedoch in der Zusammensetzung. Über alle drei Wohnungsnotfallkategorien hinweg wurden nach Geschlecht 2.067 Männer, 642 Frauen und fünf Personen mit diverser Geschlechtsangabe erfasst. Der Frauenanteil liegt damit bei 23,7 % und bestätigt, dass weibliche Hilfesuchende in den niedrighschwelligen Angeboten dauerhaft einen relevanten Anteil ausmachen. Besonders in der Kategorie der unzumutbaren Wohnverhältnisse fällt der Frauenanteil mit 26,8 % vergleichsweise hoch aus. Für die Angebotsplanung bedeutet dies, dass geschlechtssensible Zugänge und Schutzbedarfe weiterhin systematisch mitzudenken sind.

Bei den Angaben zur Staatsangehörigkeit liegen für 2.699 Personen auswertbare Daten vor. Davon besitzen 1.938 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit, was 71,8 % der validen Angaben entspricht. 388 Personen sind EU-Bürger:innen (14,4 %), 369 Personen haben eine Staatsangehörigkeit außerhalb der EU (13,7 %) und vier Personen wurden als staatenlos erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zurückgegangen, verbleibt jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Die seit 2015 beobachtete langfristige Zunahme dieser Teilgruppe bleibt damit ein relevanter Befund, auch wenn einzelne Stichtagswerte methodisch bedingten Schwankungen unterliegen können.

Die Altersstruktur weist weiterhin auf eine besondere Belastung junger Menschen hin. Insgesamt wurden 587 Personen unter 27 Jahren erfasst; dies entspricht 21,7 % aller

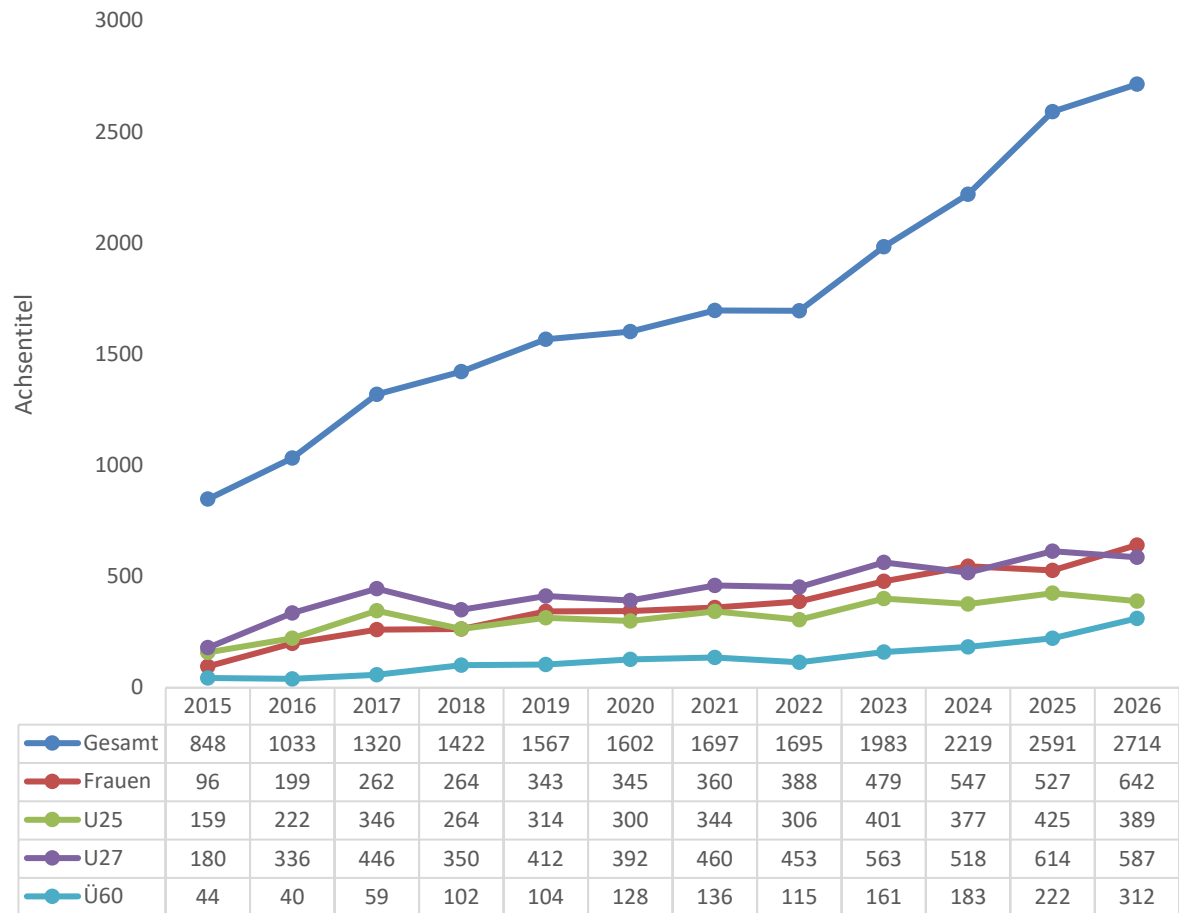
¹¹ Das kann ggf. auf die neue Arbeitsweise durch Zählung auch von Online-/Email- und Telefonberatungen zurückzuführen zu sein.

gezählten Personen. Gegenüber 2025 ist diese Gruppe sowohl absolut als auch anteilig leicht rückläufig, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Besonders relevant ist, dass junge Menschen überwiegend in der Kategorie der aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffenen gezählt werden. Bei den unter 25-Jährigen wurden 389 Personen erfasst, darunter 118 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Ergebnisse bestätigen damit, dass junge Erwachsene weiterhin eine eigenständige und fachlich besonders zu berücksichtigende Zielgruppe innerhalb der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII darstellen.

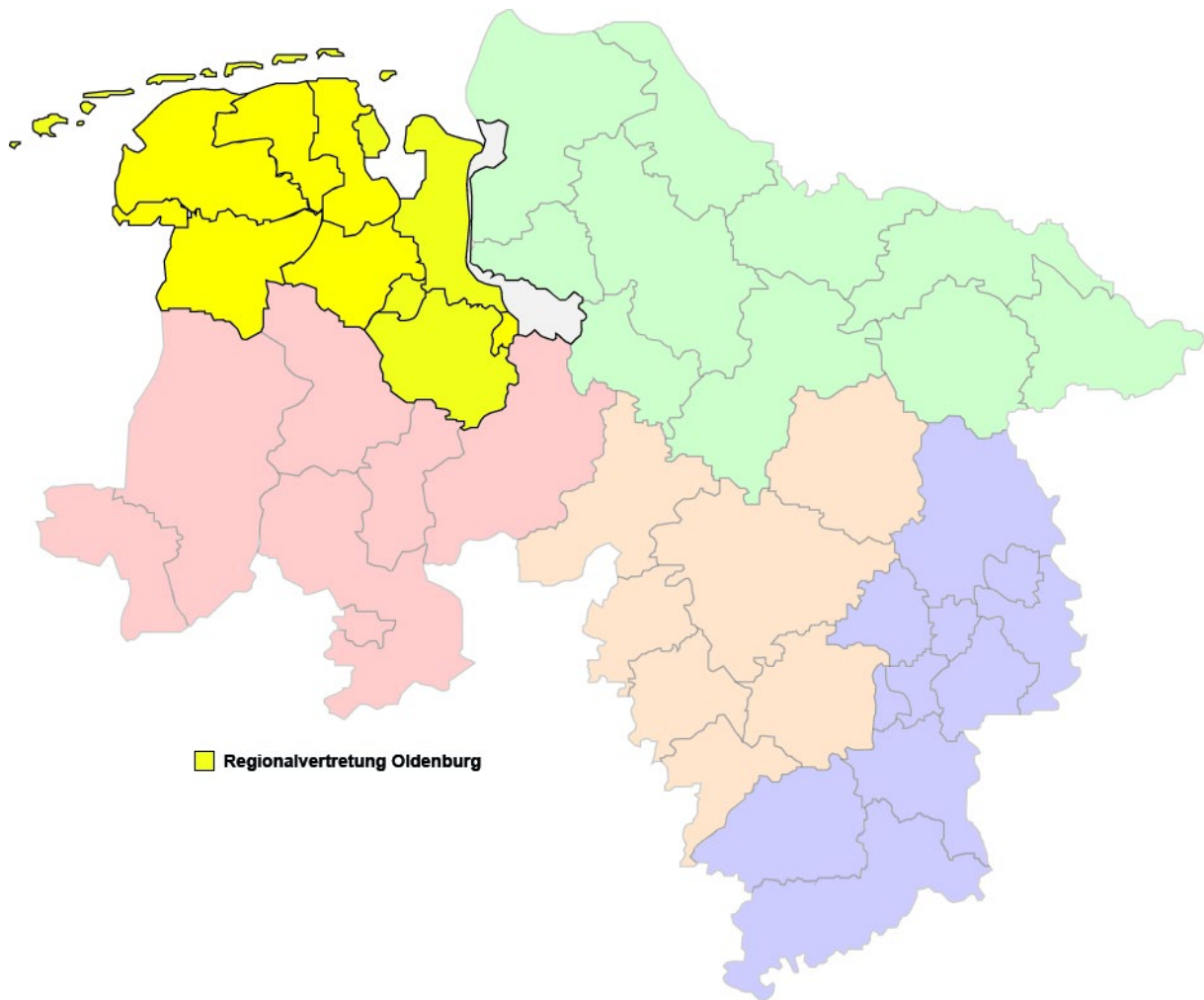
Die differenzierte Betrachtung der drei Wohnungsnotfallkategorien zeigt unterschiedliche Dynamiken. In der Gruppe der aktuell wohnungslosen Menschen bleibt der Anteil der unter 27-Jährigen mit 21,5 % erheblich; zugleich steigt der Anteil der Personen ab 60 Jahren auf 13,2 %. In der Kategorie der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen fällt insbesondere der starke absolute Zuwachs auf, während der Anteil der unter 27-Jährigen mit 16,6 % weiterhin relevant bleibt. In der Kategorie der unzumutbaren Wohnverhältnisse zeigt sich erneut ein Höchststand; zugleich ist dort der Anteil älterer Personen ab 60 Jahren mit 16,1 % vergleichsweise hoch. Insgesamt spricht dies für eine Ausweitung der Problemlagen über verschiedene Altersgruppen hinweg.

Zusammenfassend verdeutlicht Kapitel 3, dass die niedrighschwelligen Einrichtungen in der ZBS-Region West weiterhin mit einer hohen und wachsenden Zahl von Wohnungsnotfällen konfrontiert sind. Die Ergebnisse sprechen nicht für eine kurzfristige Entspannung, sondern für eine fortgesetzte Verfestigung von Wohnungslosigkeit, Wohnungsverlustgefährdung und prekären Wohnsituationen. Statistisch auffällig sind insbesondere der hohe Anteil aktuell wohnungsloser Personen, die deutliche Zunahme unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen, der anhaltend hohe Anteil junger Hilfesuchender, der relevante Anteil weiblicher Hilfesuchender sowie die weiterhin hohe Bedeutung von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Für die weitere fachliche und sozialplanerische Bewertung bleibt daher zentral, niedrighschwellige Zugänge zu sichern, präventive Hilfen zur Vermeidung von Wohnungsverlust auszubauen und zielgruppenspezifische Angebote insbesondere für junge Erwachsene, Frauen, ältere Menschen und Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit weiterzuentwickeln.

Entwicklung Stichtagszahlen ZBS West Gesamtzahl mit Vergleich Anteil
Frauen, U25 und U27 Jährigen; Jahresvergleich



5. Ergebnisse aus der Regionalvertretung Oldenburg



Im Bereich der Regionalvertretung (RV) Oldenburg nahmen 21 Einrichtungen (9 Tagesaufenthalte und 11 Ambulante Hilfen und eine Ordnungsbehörde) an der Stichtagserhebung 2025 teil.

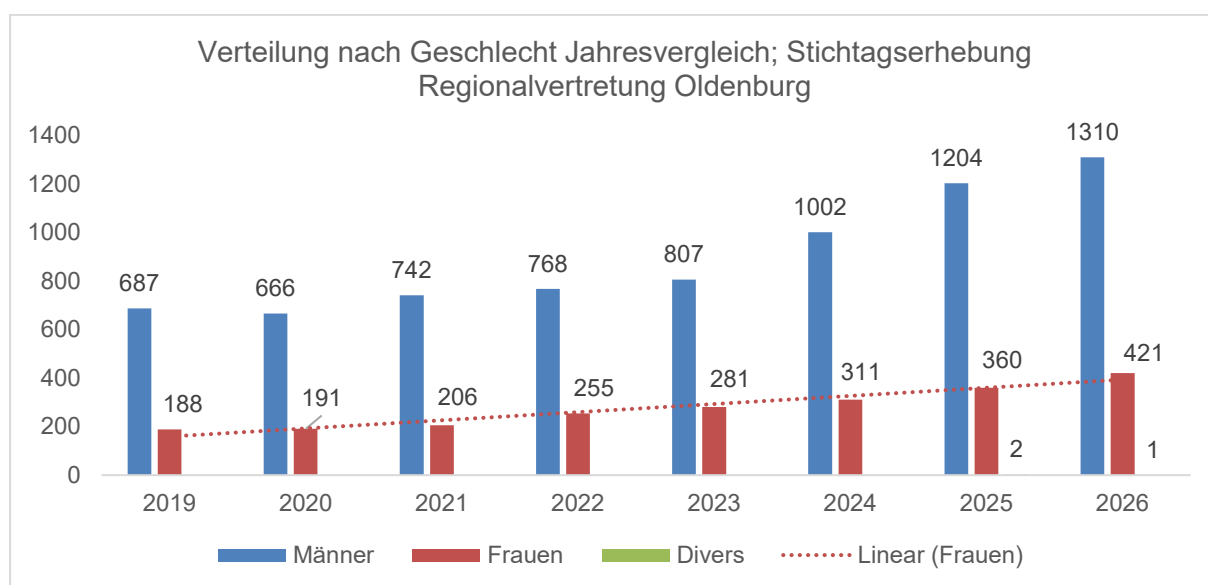
5.1 Gesamtzahl in der Regionalvertretung Oldenburg

Am Stichtag 30.01.2026 wurden 1732 Personen in den Ausprägungen 01 bis 03 gezählt, denen eine Staatsbürgerschaft zugeordnet werden konnte - zum Vergleich am Stichtag 2025 (in Rot) wurden 1564 Personen gezählt.

	01 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen		02 unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht		03 in unzumutbaren Wohnverhältnissen		alle Ausprägungen 01 - 03	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Geschlecht								
männlich	975/964	75,5 78,1	119/42	74,4 72,4	216/198	77,1 72,3	1310/1204	75,7 77
weiblich	316/270	24,5 21,9	41/14	25,6 24,1	64/76	22,9 27,7	421/360	24,3 23
gesamt	1291/1234	100	160/56	100	280/274	100	1731/1564	100

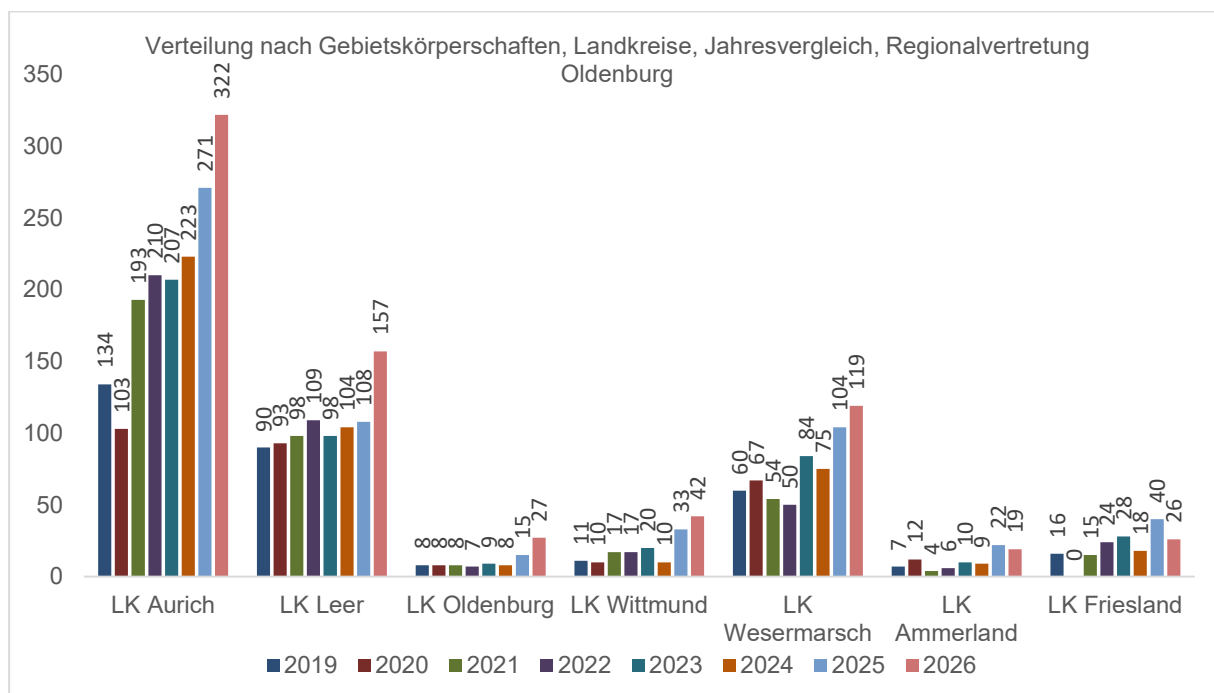
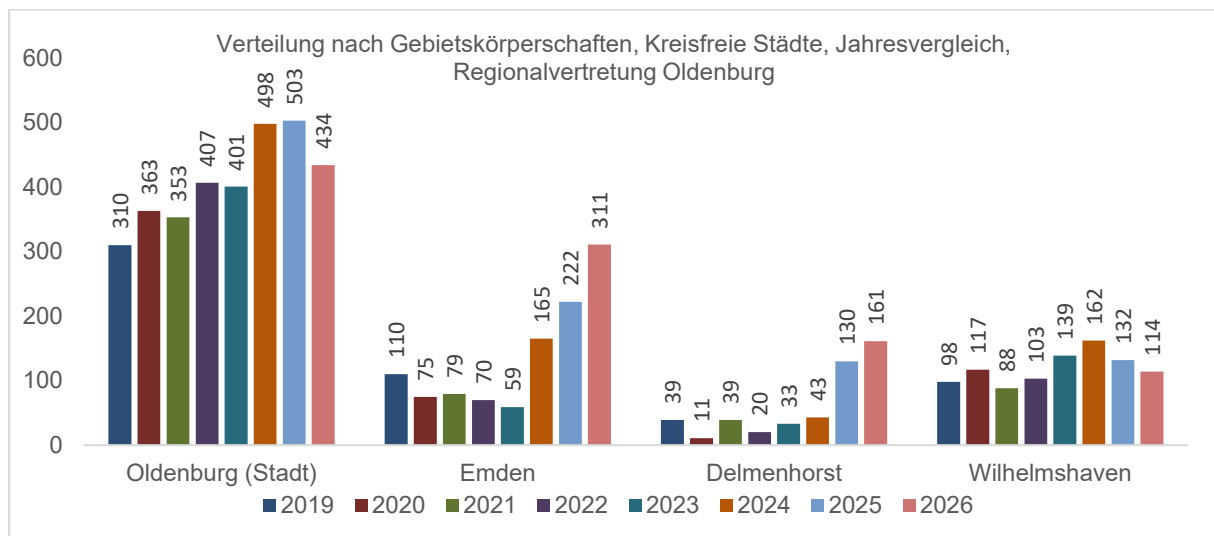
Der Anteil der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen ist im Vergleich zu den anderen Ausprägungen hoch. Insgesamt wurden 1291 (2025: 1234) aktuell wohnungslose Personen gezählt. Am zweithöchsten ist die Gruppe derer, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben. In dieser Kategorie wurden dieses Jahr 280 Personen gezählt (2025: 274). Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht waren bei dieser Erhebung 160 Personen (2025: 56).

Insgesamt fällt der hohe Männeranteil mit 75,5% auf (2025: 77 %); der Frauenanteil beträgt 24,5 % (2025: 23 %). Trotz der Veränderung des prozentualen Anteils der Frauen steigt im Jahresvergleich die tatsächliche Anzahl der Frauen an. Jeder vierte Hilfesuchende ist weiblich.



Die nachfolgenden Grafiken brechen die Erfassungen nicht nur auf die einzelnen Gebietskörperschaften herunter, sondern vergleichen auch die Erhebungsjahre miteinander.

Zur besseren Darstellung werden die kreisfreien Städte und die Landkreise in getrennten Grafiken gezeigt, daher ist die Skalierung der beiden Grafiken unterschiedlich.



Die meisten Personen sind in den Städten Oldenburg, Emden, Wilhelmshaven und Delmenhorst und in den Landkreisen Aurich, Leer und Wesermarsch erfasst worden. Die Zahlen in Emden überschreiten mittlerweile deutlich die Anzahl der hilfesuchenden Menschen vor den Maßnahmen der Corona-Pandemie und haben sich im Vergleich zum Stichtag 2024 fast verdoppelt. Nach Umgestaltung und Renovierung der Räume und des Außengeländes, wurde auch am Einrichtungsprofil nachgeschärft. Neben der Praxis Akut findet sich nun auch ein wöchentliches Angebot einer psychiatrischen Beratung für die Besucher:innen. Ob dies allein zu diesem massiven Anstieg führt, darf bezweifelt werden, doch macht es die niedragschwellige Einrichtung attraktiver. Gleichzeitig ist der Wohnungsmarkt (wie in allen Städten und Kommunen) für den Klientenkreis mehr als angespannt. Die Zahlen in Delmenhorst können mit einem Mitarbeiter:innen Wechsel erklärt werden; an der Lage oder Bauauffälligkeit der genutzten Immobilie hat sich nichts verändert. Nachdem das neue Team konstanter dort arbeitet, steigen nun auch die Zahlen wieder an, wie es für eine Stadt in der Größe von Delmenhorst auch erwartbar ist. Auffällig ist, dass alle

Fallzahlen in sämtlichen Landkreisen und Städten (außer Stadt Wilhelmshaven, LK Ammerland und Friesland) ansteigen. Die Zahlen der drei Kommunen sind mehr oder weniger die letzten Jahre auf einem Niveau (mit ein paar statistischen Ausrutschern dazwischen). Der allgemeine Anstieg an den anderen Stellen hat unter anderem damit zu tun, dass die Einrichtungen zunehmend mit Menschen zu tun haben, die eine Postadresse zur postalischen Erreichbarkeit brauchen.

Die vorherigen Grafiken verdeutlichen, dass sich die höchsten Erfassungszahlen weiterhin auf die Stadt Oldenburg sowie auf einzelne regionale Schwerpunkte konzentrieren. Besonders die Darstellung nach kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt, dass Oldenburg rund ein Drittel aller Hilfesuchenden im Bereich der Regionalvertretung Oldenburg ausmacht. Damit nimmt die Stadt eine zentrale Rolle in der Region ein und kann zugleich Impulse für die Weiterentwicklung niedrigschwelliger Hilfen setzen. Die konzeptionelle Neuausrichtung der niedrigschwelligen Angebote und die Einrichtung eines weiteren Tagesaufenthaltes haben bereits zur Entlastung der bestehenden Einrichtungen nach §§ 67 ff. SGB XII beigetragen und die Bedeutung niedrigschwelliger Hilfen stärker sichtbar gemacht. Die grafisch dargestellte Verteilung macht jedoch ebenfalls deutlich, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen. Eine erkennbare Sogwirkung auf umliegende Städte und Landkreise ist ausgeblieben; die Werte in den angrenzenden Kommunen bleiben weitgehend stabil. Gleichzeitig haben sich die Problemlagen in Oldenburg selbst nicht verringert. Viele Menschen leben weiterhin am Rand von Sozialleistungsansprüchen; der Übergang in den Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch oder in andere Unterstützungssysteme kann für größere Bevölkerungsgruppen schnell relevant werden. Auffällig sind zudem die in den Grafiken erkennbaren verfestigten Problemlagen in den Landkreisen Aurich, Leer und Wesermarsch. Diese Entwicklungen sollten vor Ort genauer analysiert werden.

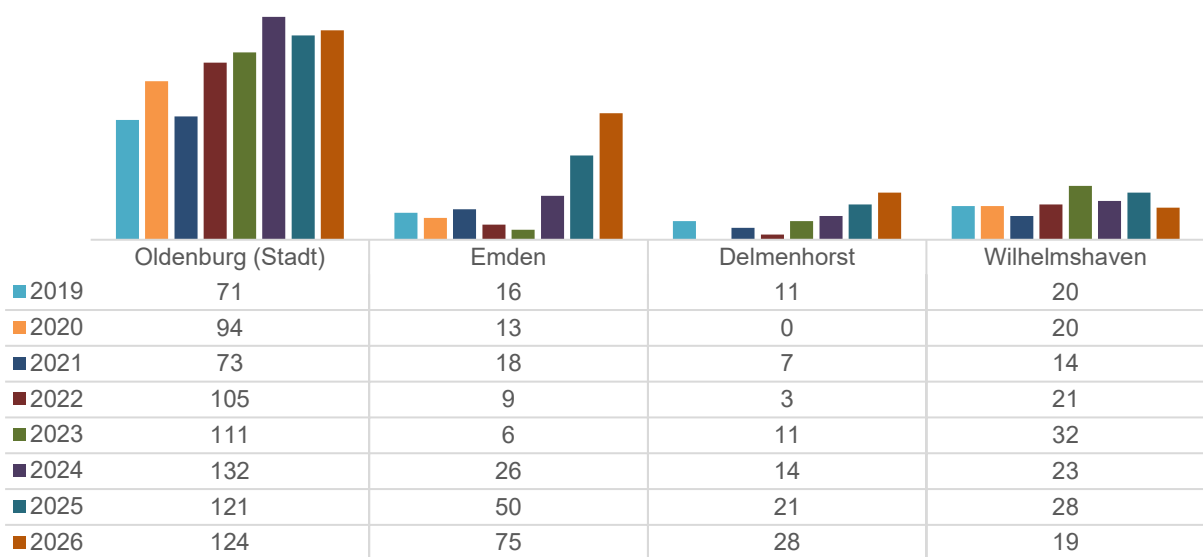
Die Verteilung der hilfesuchenden Frauen auf die Gebietskörperschaften entspricht weitgehend der Verteilung der Gesamtzahl der Hilfesuchenden. Zur besseren Übersicht werden auch hier die kreisfreien Städte und die Landkreise in getrennten Grafiken dargestellt (siehe Grafiken, S. 22).

Die Stadt Oldenburg bestätigt auch bei den weiblichen Hilfesuchenden ihre besondere Rolle als Ballungszentrum im nördlichen Weser-Ems-Gebiet: Jede dritte in der Region erfasste weibliche hilfesuchende Person wurde in Oldenburg gezählt. Auffällig sind zudem die Zahlen aus den Landkreisen Aurich und Leer. Beide Landkreise weisen unterschiedliche Angebotsstrukturen auf: Im Landkreis Aurich bestehen zwei Tagesaufenthalte in Norden und Aurich sowie eine Ambulante Wohnungslosenhilfe in Aurich. Im Landkreis Leer konzentriert sich das Angebot dagegen auf einen Tagesaufenthalt und eine Ambulante Hilfe in der Stadt Leer.

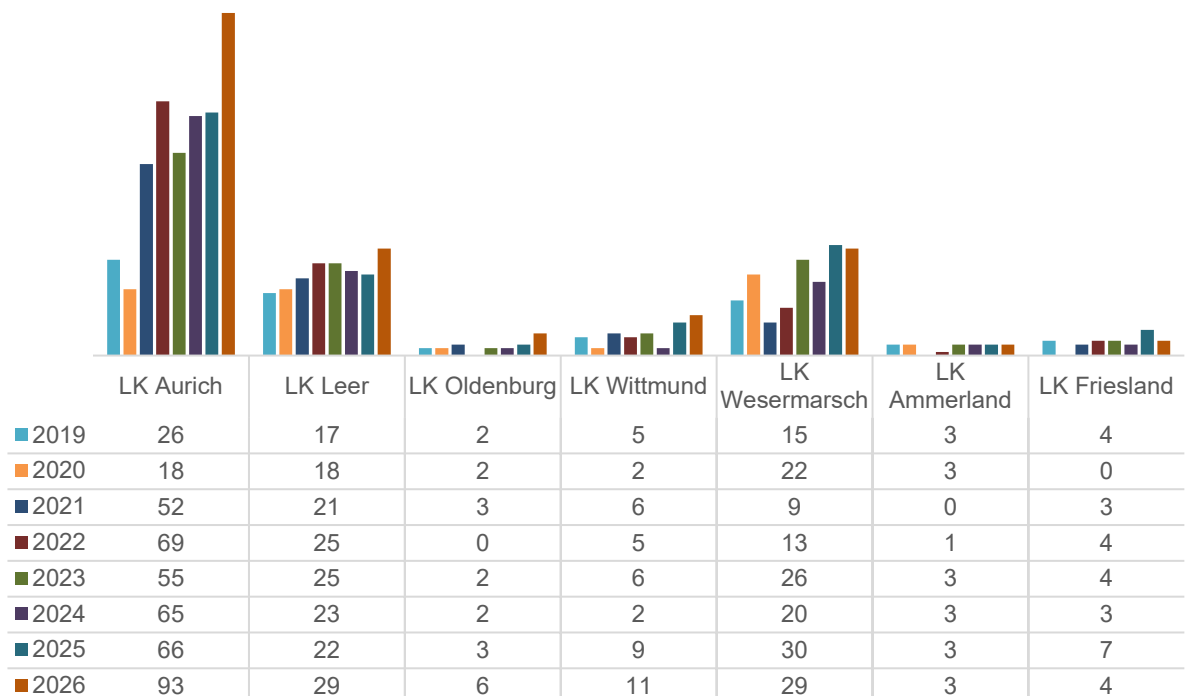
Trotz unterschiedlicher Strukturen zu den kreisfreien Städten scheinen die Kommunen Aurich, Norden und Leer in der ostfriesischen Region eine ähnliche lokale Schwerpunktfunction einzunehmen wie Oldenburg, Emden, Delmenhorst und Wilhelmshaven für das übrige, stärker ländlich geprägte nördliche Weser-Ems-Gebiet.

Ebenfalls bemerkenswert sind die Werte aus der Stadt Emden und dem Landkreis Wesermarsch. Dort war jeweils etwa jede vierte beratene Person weiblich. Diese Befunde sprechen dafür, die Bedarfe weiblicher Hilfesuchender bei der Weiterentwicklung niedrigschwelliger Angebote weiterhin gezielt zu berücksichtigen.

Jahresvergleich "Frauen" Verteilung nach Gebietskörperschaft "kreisfreie Städte"; Regionalvertretung Oldenburg; Stichtag



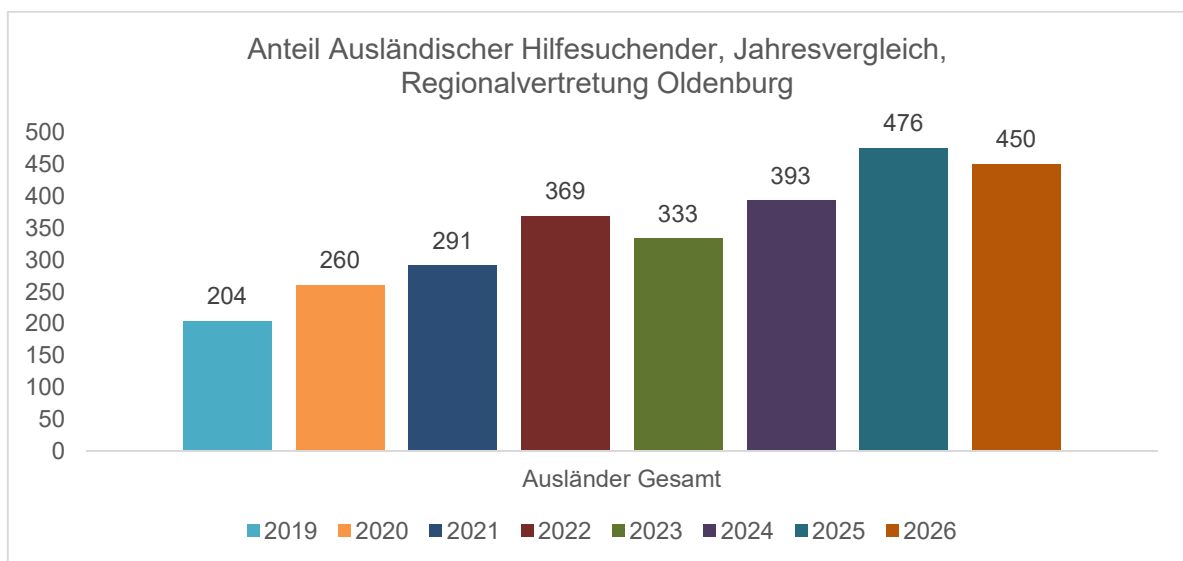
Jahresvergleich "Frauen"; Verteilung nach Gebietskörperschaft "Landkreise"; Regionalvertretung Oldenburg; Stichtag



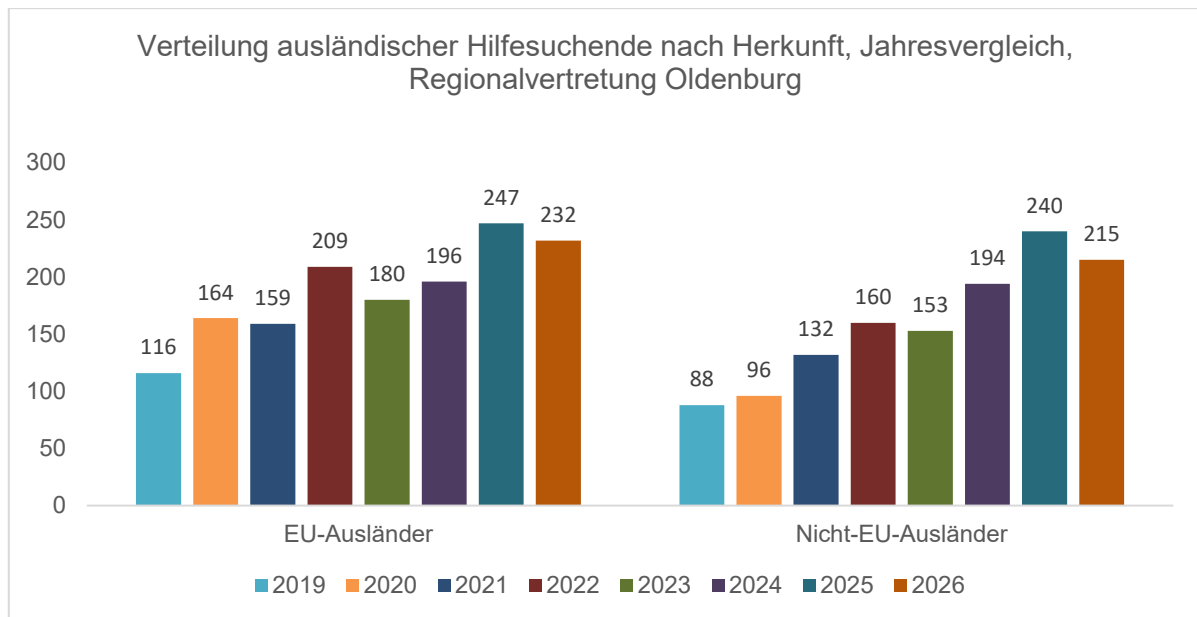
5.2 Ausländische Hilfesuchende

Am Stichtag 30.01.2026 wurden im Gebiet der Regionalvertretung Oldenburg 450 ausländische Hilfesuchende in den Kategorien 01 bis 03 erfasst. Dies entspricht einem Anteil von rund 26 % an allen zugeordneten Personen in diesen Ausprägungen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl damit zwar rückläufig (2025: 476 Personen bzw. 29,9 %), liegt aber weiterhin deutlich über dem Niveau früherer Erhebungen und auch über dem Wert von 2024. Drei Personen gelten als staatenlos und werden in der Gesamtzahl der ausländischen Hilfesuchenden mitberücksichtigt; in der differenzierten Betrachtung nach Herkunftsregion werden sie nicht den Gruppen EU oder Nicht-EU zugeordnet.

Die grafische Entwicklung im Jahresvergleich zeigt, dass die Zahl der ausländischen Hilfesuchenden in der Regionalvertretung Oldenburg seit 2015 erheblich zugenommen hat. Ausgehend von 75 erfassten Personen im Jahr 2015 wurde 2025 mit 476 Personen der bisherige Höchstwert erreicht. Der aktuelle Wert von 450 Personen bedeutet zwar eine leichte Entspannung gegenüber diesem Höchststand, bestätigt aber zugleich die langfristige Entwicklung: Ausländische Hilfesuchende sind inzwischen dauerhaft eine quantitativ bedeutsame Teilgruppe innerhalb der niedrigschwelligen Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII. Der Rückgang gegenüber 2025 sollte daher nicht als Trendwende interpretiert werden, sondern zunächst als stichtagsbezogene Schwankung innerhalb eines weiterhin hohen Niveaus.



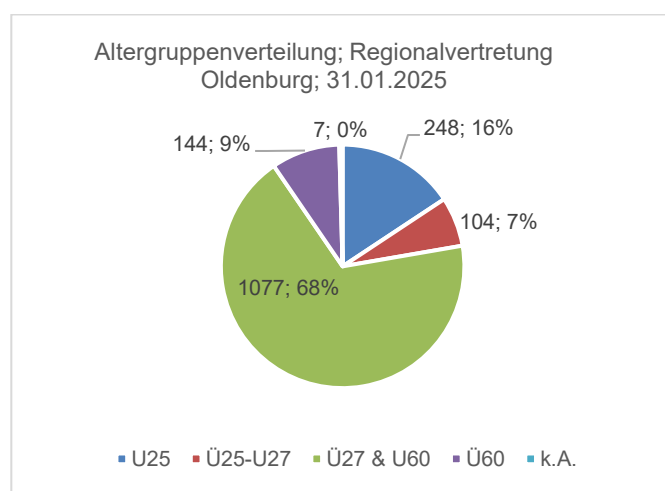
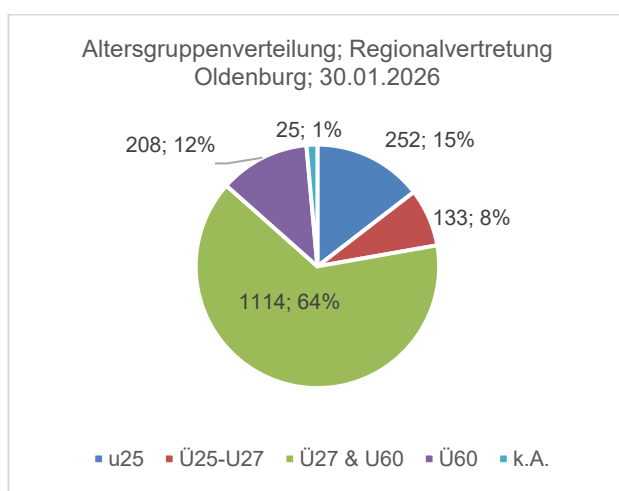
Die Verteilung nach Herkunftsregion macht deutlich, dass sich die Gruppe der ausländischen Hilfesuchenden nahezu gleichmäßig auf EU- und Nicht-EU-Staatsangehörigkeiten verteilt. 232 Personen konnten der Gruppe der EU-Bürger:innen zugeordnet werden; 215 Personen hatten eine Staatsangehörigkeit außerhalb der EU. Damit liegt die Zahl der EU-Bürger:innen 2026 wieder leicht über der Zahl der Nicht-EU-Bürger:innen. Inhaltlich bleibt jedoch entscheidend, dass beide Gruppen in erheblichem Umfang im Hilfesystem sichtbar werden. Für die Einrichtungen bedeutet dies, dass sich Beratungs- und Clearingprozesse weiterhin auf unterschiedliche aufenthaltsrechtliche, sozialleistungsrechtliche und sprachliche Ausgangslagen einstellen müssen. Dies betrifft insbesondere die Klärung von Leistungsansprüchen, die Sicherung postalischer Erreichbarkeit, die Vermittlung in weiterführende Beratungsangebote sowie die Wohnraumsuche auf einem weiterhin angespannten Markt.



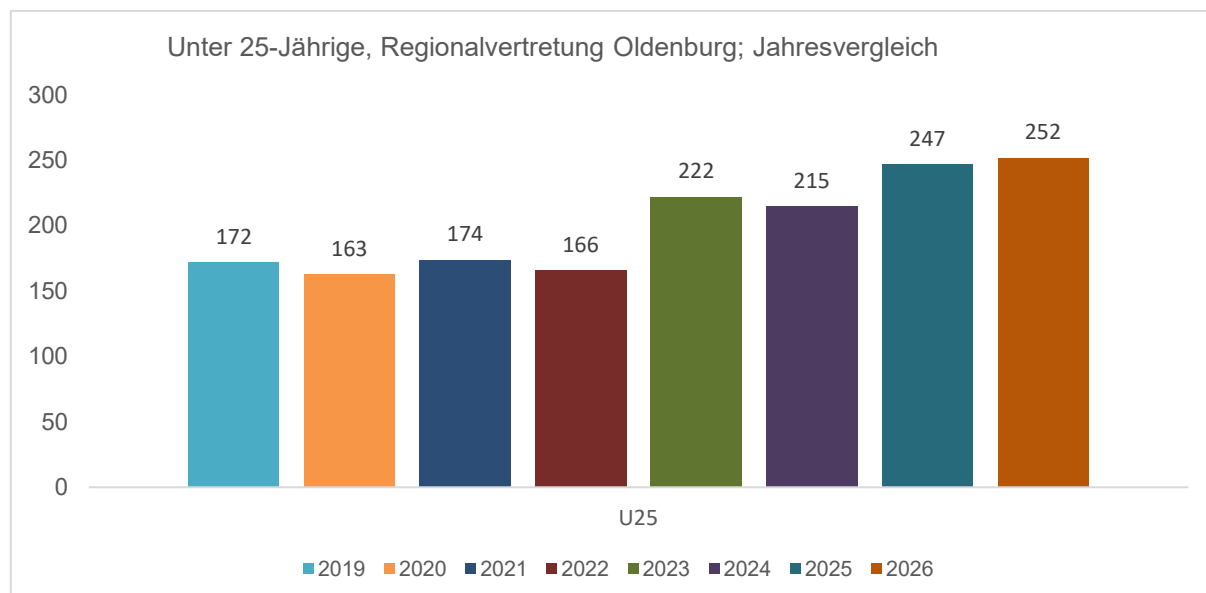
Die Darstellung nach Gebietskörperschaften zeigt, dass sich die erfassten Zahlen weiterhin auf bestimmte regionale Schwerpunkte konzentrieren. Besonders sichtbar werden ausländische Hilfesuchende in den kreisfreien Städten sowie in den Landkreisen Aurich, Leer und Wesermarsch, in denen niedrigschwellige Anlaufstellen wie Tagesaufenthalte eine wichtige Erfassungs- und Versorgungsfunktion übernehmen. Daraus ist nicht abzuleiten, dass in Landkreisen mit geringeren oder fehlenden Erfassungszahlen keine entsprechenden Bedarfslagen bestehen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit dort seltener in den betrachteten niedrigschwelligen Angeboten sichtbar werden oder durch andere lokale Strukturen aufgefangen werden. Für die sozialplanerische Bewertung bleibt deshalb festzuhalten: Die Entwicklung ausländischer Hilfesuchender sollte nicht allein anhand der absoluten Fallzahlen einzelner Gebietskörperschaften beurteilt werden, sondern immer in Verbindung mit der vorhandenen Angebotsstruktur, der Zugänglichkeit niedrigschwelliger Hilfen und den lokalen Wohnungsmarktlagen.

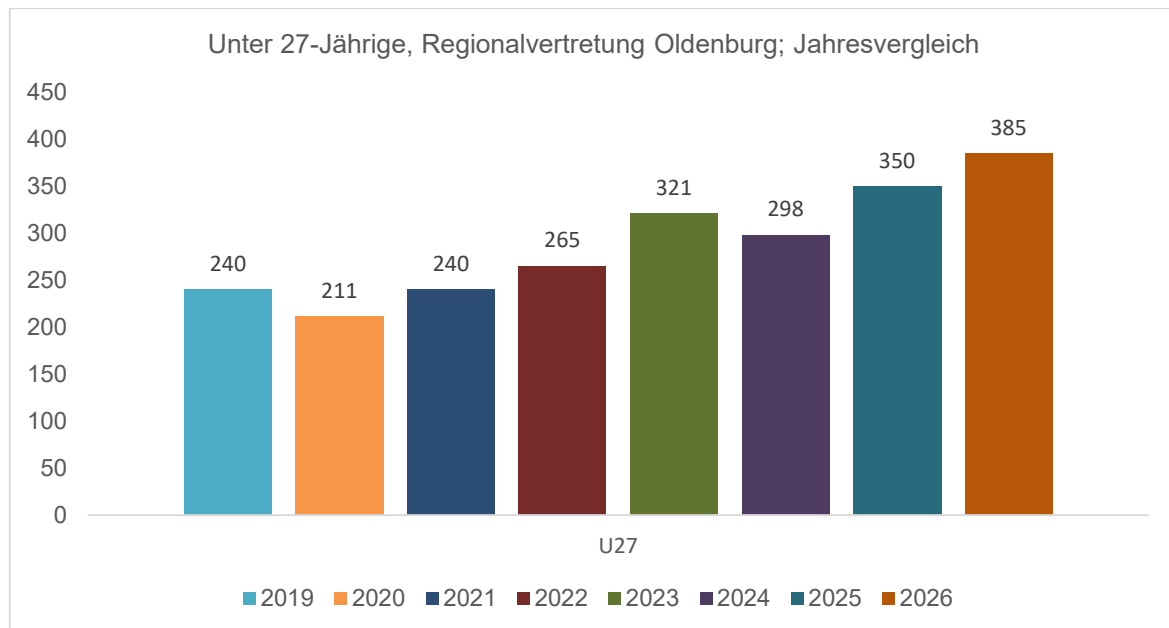
5.3 Altersverteilung und unter 25-Jährige und unter 27-Jährige

Die Grafiken zur Altersverteilung zeigen für die Regionalvertretung Oldenburg 2026 erneut eine deutliche Konzentration in der mittleren Altersgruppe. Von insgesamt 1.732 erfassten Personen in den Ausprägungen 01 bis 03 entfallen 1.114 Personen auf die Altersgruppe der 27- bis unter 60-Jährigen; das entspricht rund 64 % aller Erfassungen. 252 Personen waren unter 25 Jahre alt, weitere 133 Personen gehörten zur Altersgruppe der 25- bis unter 27-Jährigen. Damit wurden insgesamt 385 junge Menschen unter 27 Jahren gezählt. Die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren umfasst 208 Personen und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert. Bei 25 Personen fehlte eine Altersangabe.



Im Jahresvergleich wird deutlich, dass die Gruppe der jungen Hilfesuchenden weiterhin eine konstant relevante Zielgruppe bleibt. Die Zahl der unter 25-Jährigen steigt gegenüber 2025 nur leicht von 247 auf 252 Personen. Der Anteil an allen erfassten Personen sinkt damit trotz absolutem Zuwachs leicht, weil die Gesamtzahl der Hilfesuchenden insgesamt stärker gestiegen ist. Anders stellt sich die Entwicklung bei den unter 27-Jährigen dar: Diese Gruppe wächst von 350 auf 385 Personen und bleibt mit gut einem Fünftel aller Erfassungen auf einem hohen Niveau. Damit bestätigt die Grafik, dass junge Erwachsene weiterhin strukturell sichtbar im Hilfesystem nach §§ 67 ff. SGB XII ankommen und nicht nur eine kurzfristige stichtagsbezogene Randgruppe darstellen.

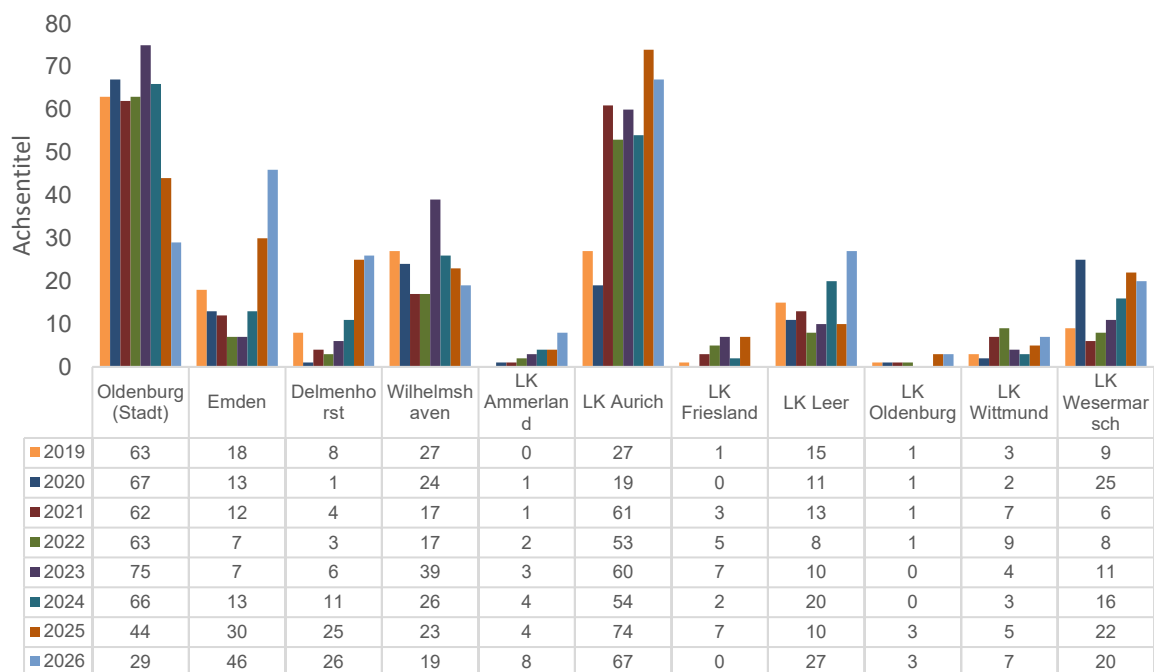




Die grafische Darstellung nach Gebietskörperschaften macht deutlich, dass sich die jungen Hilfesuchenden nicht gleichmäßig über den Zuständigkeitsbereich verteilen. Besonders hohe Werte zeigen sich im Landkreis Aurich mit 67 unter 25-Jährigen sowie in der Stadt Emden mit 46 Personen. Die Stadt Oldenburg liegt mit 29 erfassten unter 25-Jährigen deutlich unter dem Vorjahreswert, während der Landkreis Leer mit 27 Personen erkennbar an Bedeutung gewinnt. Der Rückgang in Oldenburg kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass vorgelagerte städtische Angebote und spezifische U25-Strukturen junge Menschen teilweise erreichen, bevor sie verstärkt im Hilfesystem nach §§ 67 ff. SGB XII sichtbar werden. Zugleich relativieren die Werte aus dem Landkreis Aurich die reine Fallzahldeutung, da dort auch Erfassungen aus der ordnungsrechtlichen Unterbringung der Stadt Norden einfließen.

Für die fachliche Bewertung ist daher weniger ein einzelner Höchst- oder Rückgangswert entscheidend, sondern die Kombination aus dauerhaft hoher U27-Quote, deutlicher regionaler Konzentration und zunehmender Zahl älterer Hilfesuchender. Die Hilfen müssen somit zwei Entwicklungen gleichzeitig berücksichtigen: Einerseits braucht es weiterhin früh ansetzende, niedrigschwellige und jugendhilfenaher Zugänge für junge Erwachsene; andererseits gewinnt die Versorgung älterer Menschen in Wohnungsnot zunehmend an Bedeutung. Für die Regionalvertretung Oldenburg spricht die Altersverteilung damit für eine zielgruppendifferenzierte Weiterentwicklung der Angebote, insbesondere in den regionalen Schwerpunkten Aurich, Emden, Oldenburg und Leer.

Unter 25 Jährige; Anzahl erfasster Personen nach Gebietskörperschaften;
Jahresvergleich, RV Oldenburg



5.4 Zwischenfazit RV Oldenburg

Die Ergebnisse des Kapitels 5 zeigen für die Regionalvertretung Oldenburg insgesamt eine weiterhin angespannte und im Jahresvergleich deutlich wachsende Wohnungsnotlage. Am Stichtag 30.01.2026 wurden in den Ausprägungen 01 bis 03 rund 1.730 Personen erfasst. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen klaren Zuwachs. Besonders prägend bleibt die Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ mit 1.291 Personen. Zugleich fällt der starke Anstieg der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen von 56 auf 160 Personen auf. Damit zeigen die Grafiken nicht nur eine hohe Zahl bereits wohnungsloser Menschen, sondern auch eine zunehmende Relevanz präventiver Hilfen, bevor es zu einem vollständigen Wohnungsverlust kommt.

Die grafische Verteilung nach Gebietskörperschaften macht deutlich, dass sich die Bedarfslagen nicht gleichmäßig über den Zuständigkeitsbereich verteilen. Die Stadt Oldenburg bleibt der zentrale Schwerpunkt innerhalb der Regionalvertretung und bündelt einen erheblichen Teil der erfassten Hilfesuchenden. Gleichzeitig zeigen die Grafiken, dass auch Emden, Delmenhorst sowie die Landkreise Aurich, Leer und Wesermarsch dauerhaft relevante Fallzahlen aufweisen. Die niedrigschwelligen Tagesaufenthalte und Basisangebote erfüllen damit weiterhin eine zentrale Erfassungs-, Versorgungs- und Entlastungsfunktion. Niedrige oder fehlende Erfassungszahlen in einzelnen Gebietskörperschaften dürfen deshalb nicht vorschnell als fehlender Bedarf interpretiert werden, sondern müssen immer im Zusammenhang mit der jeweiligen Angebotsstruktur und der lokalen Sichtbarkeit der Zielgruppe bewertet werden.

Auch die geschlechtsspezifische Auswertung verweist auf einen anhaltenden Handlungsbedarf. Zwar ist die Hilfeinanspruchnahme weiterhin deutlich männlich geprägt, der Anteil weiblicher Hilfesuchender bleibt jedoch hoch und ist absolut weiter gestiegen. Mit 421 erfassten Frauen entfällt inzwischen rund ein Viertel aller Hilfesuchenden auf weibliche Personen. Dies bestätigt, dass geschlechtssensible Zugänge, Schutzbedarfe und bedarfsgerechte Angebotsformen weiterhin systematisch in der Weiterentwicklung der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII berücksichtigt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die regionalen Schwerpunkte, in denen die Grafiken eine erhöhte Sichtbarkeit weiblicher Hilfesuchender zeigen.

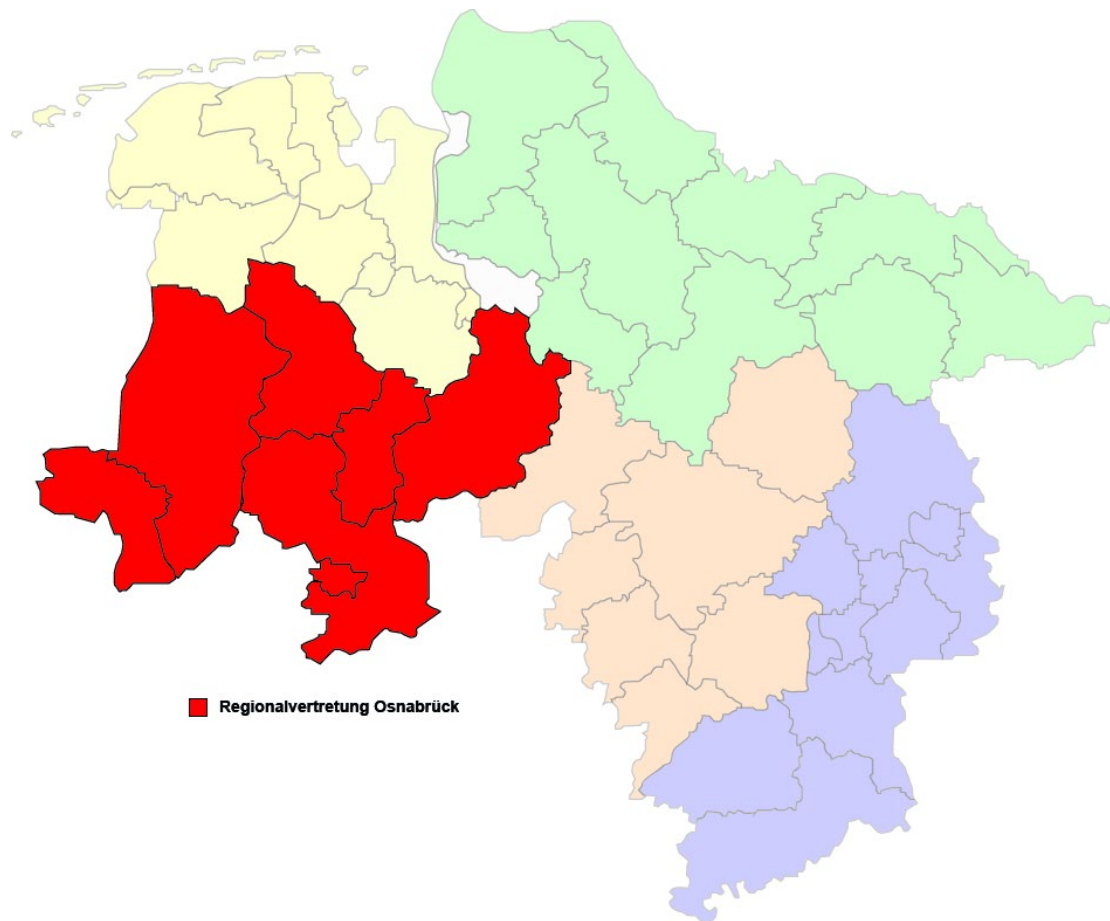
Die Ergebnisse zu den ausländischen Hilfesuchenden verdeutlichen, dass diese Gruppe trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr weiterhin eine quantitativ bedeutsame Teilgruppe darstellt. Mit 450 erfassten Personen liegt ihr Anteil bei rund 26 % aller zugeordneten Hilfesuchenden. Die Entwicklung seit 2015 zeigt in den Grafiken eine deutliche langfristige Zunahme; der Rückgang gegenüber dem Höchstwert 2025 ist daher zunächst als stichtagsbezogene Schwankung auf weiterhin hohem Niveau zu bewerten. Die nahezu gleichmäßige Verteilung zwischen EU- und Nicht-EU-Staatsangehörigkeiten macht zugleich deutlich, dass die Einrichtungen weiterhin mit sehr unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen, leistungsrechtlichen, sprachlichen und sozialräumlichen Ausgangslagen konfrontiert sind.

Die Altersgrafiken zeigen eine doppelte Herausforderung. Einerseits bleibt die Gruppe der jungen Menschen deutlich sichtbar: 252 Personen waren unter 25 Jahre alt, insgesamt 385 Personen waren unter 27 Jahre alt. Damit bleibt gut jede fünfte erfasste Person in einem Alter, in dem Übergänge zwischen Jugendhilfe, Jobcenter, Sozialhilfe, Wohnungslosenhilfe und weiteren Unterstützungsstrukturen besonders sensibel sind. Andererseits ist mit 208 Personen ab 60 Jahren auch die Gruppe älterer Hilfesuchender deutlich vertreten. Für die

fachliche Planung bedeutet dies, dass die Regionalvertretung Oldenburg zugleich früh ansetzende, jugendhilfenahe Zugänge für junge Erwachsene und altersgerechte Unterstützungsformen für ältere Menschen in Wohnungsnot weiterentwickeln muss.

Zusammenfassend sprechen die Ergebnisse und Grafiken des Kapitels 5 für eine weitere Verfestigung komplexer Wohnungsnotlagen in der Regionalvertretung Oldenburg. Die steigenden Gesamtzahlen, der hohe Anteil aktuell wohnungsloser Menschen, der deutliche Zuwachs unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohter Personen, der relevante Anteil ausländischer Hilfesuchender, die anhaltende Sichtbarkeit junger Erwachsener sowie die zunehmende Bedeutung älterer Hilfesuchender machen deutlich, dass die niedrigschwelligen Angebote weiterhin unverzichtbar sind. Für die weitere sozialplanerische Bewertung sollten insbesondere drei Linien verfolgt werden: erstens die Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung niedrigschwelliger Tagesaufenthalte und Basisangebote/Ambulante flächenorientierte Hilfen, zweitens der Ausbau präventiver Strukturen zur Vermeidung von Wohnungsverlust und drittens eine zielgruppendifferenzierte Angebotsentwicklung für Frauen, junge Erwachsene, ältere Menschen und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Stichtagserhebung ersetzt keine Vollerhebung, liefert aber belastbare Hinweise darauf, wo regionale Schwerpunkte liegen und an welchen Stellen kommunale Planung, Trägerentwicklung und sozialpolitische Steuerung ansetzen sollten.

6 Ergebnisse aus der Regionalvertretung Osnabrück



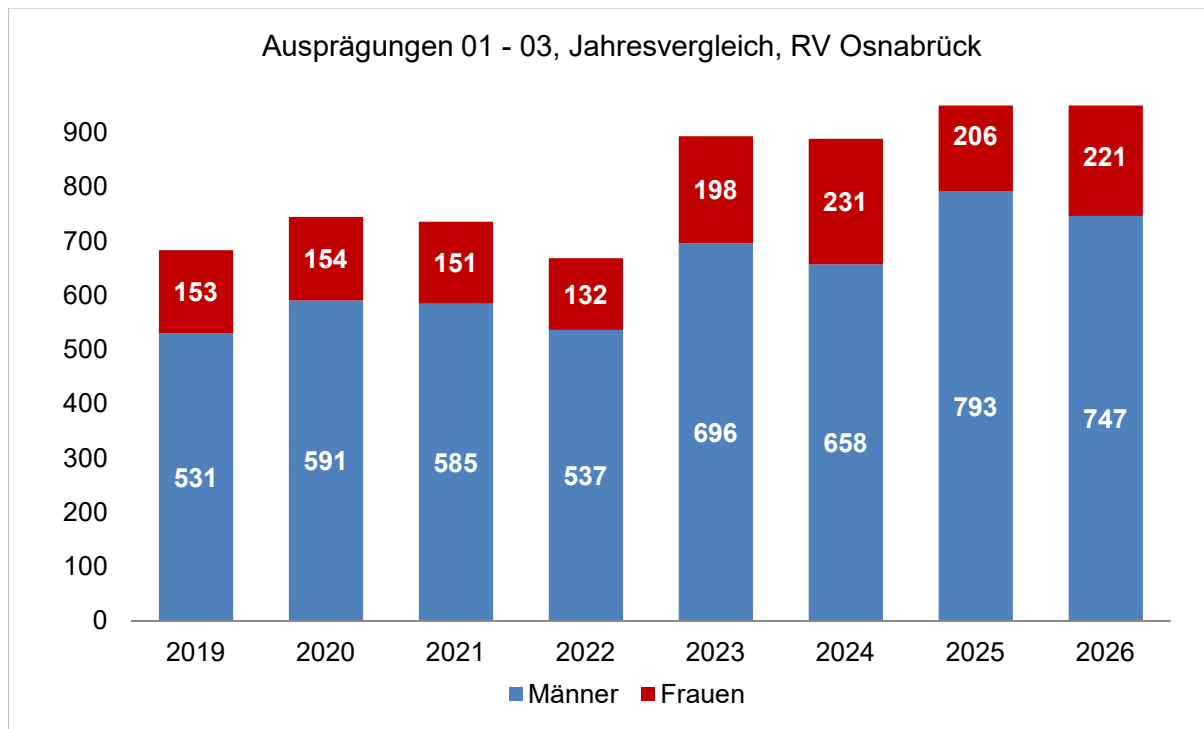
Im Bereich der Regionalvertretung Osnabrück liegen Daten aus 10 Ambulanten flächenorientierten Hilfen und 5 Tagesaufenthalten vor. Die Einrichtungen der Grafschaft Bentheim konnten aufgrund eines Umzugs nicht an der Stichtagserhebung teilnehmen; dies ist bei der Interpretation der gebietskörperschaftlichen Grafiken zu berücksichtigen.

6.1 Gesamtzahl in der Regionalvertretung Osnabrück

Am Stichtag 30.01.2026 wurden in der Regionalvertretung Osnabrück insgesamt 982 Personen erfasst. Für 968 Personen lagen auswertbare Angaben in den Kategorien 01 bis 03 vor; bei 14 Personen konnten Staatsangehörigkeit oder Geschlecht nicht eindeutig zugeordnet werden. Die nachfolgende Tabelle stellt die drei Wohnungsnotfallkategorien nach Geschlecht dar und vergleicht die aktuellen Werte mit der Stichtagserhebung 2025.

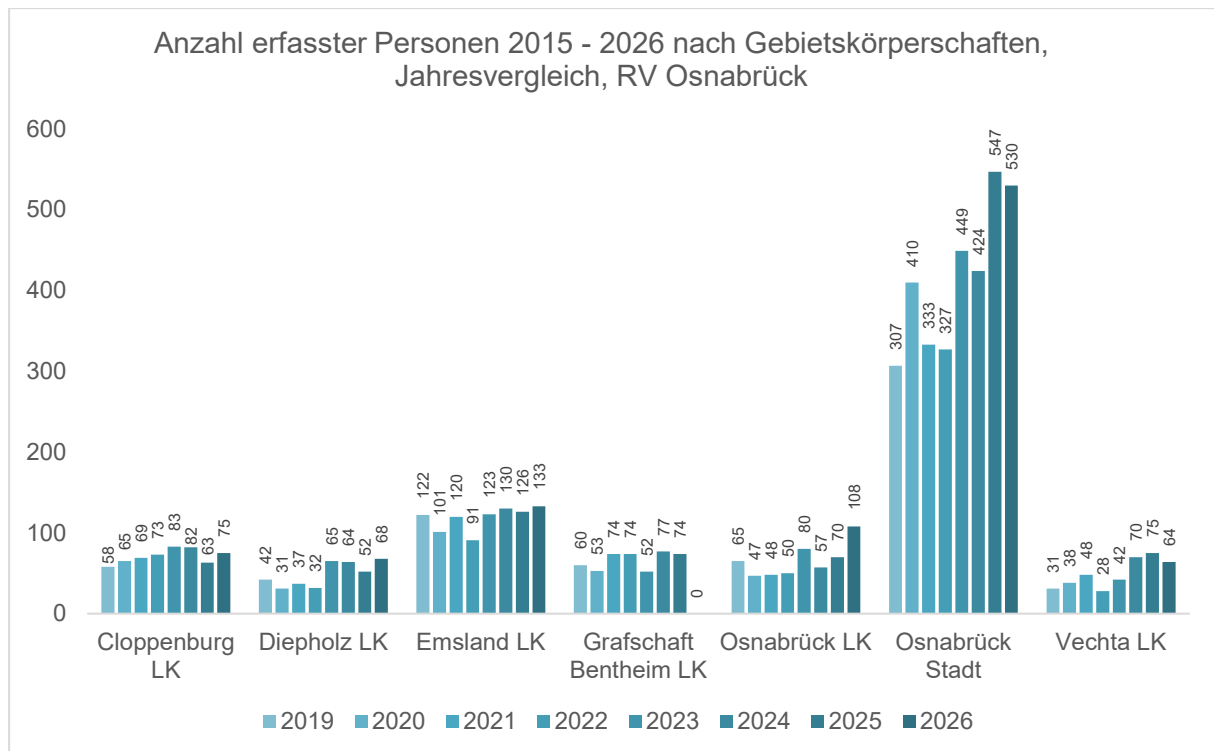
	01 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	02 unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht	03 in unzumutbaren Wohnverhältnissen	gesamt	in %
männlich	656 / 720	48 / 38	43 / 35	747 / 793	77,2 / 79,4
weiblich	169 / 182	21 / 16	31 / 8	221 / 206	22,8 / 20,6
gesamt	825 / 902	69 / 54	74 / 43	968 / 999	100,0

Im Vergleich zur Stichtagserhebung 2025 ist die Zahl der ausgewerteten Personen von 999 auf 968 zurückgegangen. Dieser Rückgang konzentriert sich vor allem auf die Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“: Hier wurden 825 Personen gezählt, gegenüber 902 Personen im Vorjahr. Trotz dieses Rückgangs bleibt diese Kategorie mit rund 85 % aller ausgewerteten Fälle weiterhin eindeutig prägend. Gleichzeitig zeigen die eingebetteten Grafiken eine Verschiebung in den weiteren Ausprägungen: Die Zahl der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen steigt von 54 auf 69 Personen, die Zahl der Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen sogar von 43 auf 74 Personen. Damit verweist die Auswertung nicht auf eine grundsätzliche Entspannung, sondern auf eine veränderte Verteilung der Problemlagen innerhalb der Regionalvertretung Osnabrück.



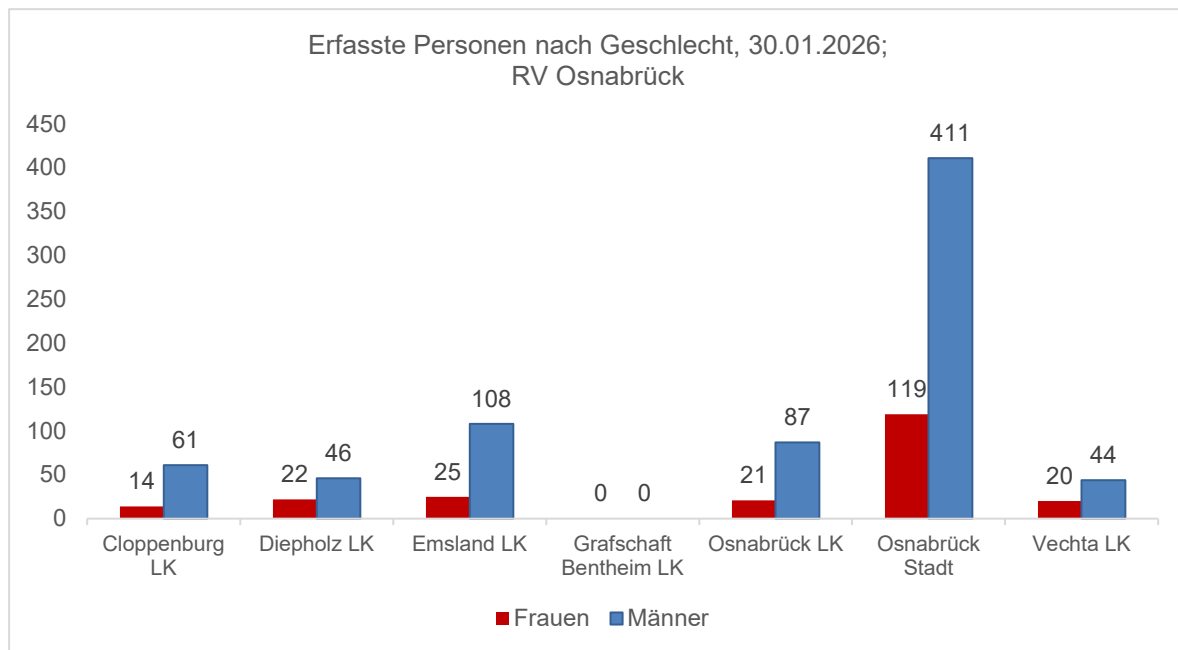
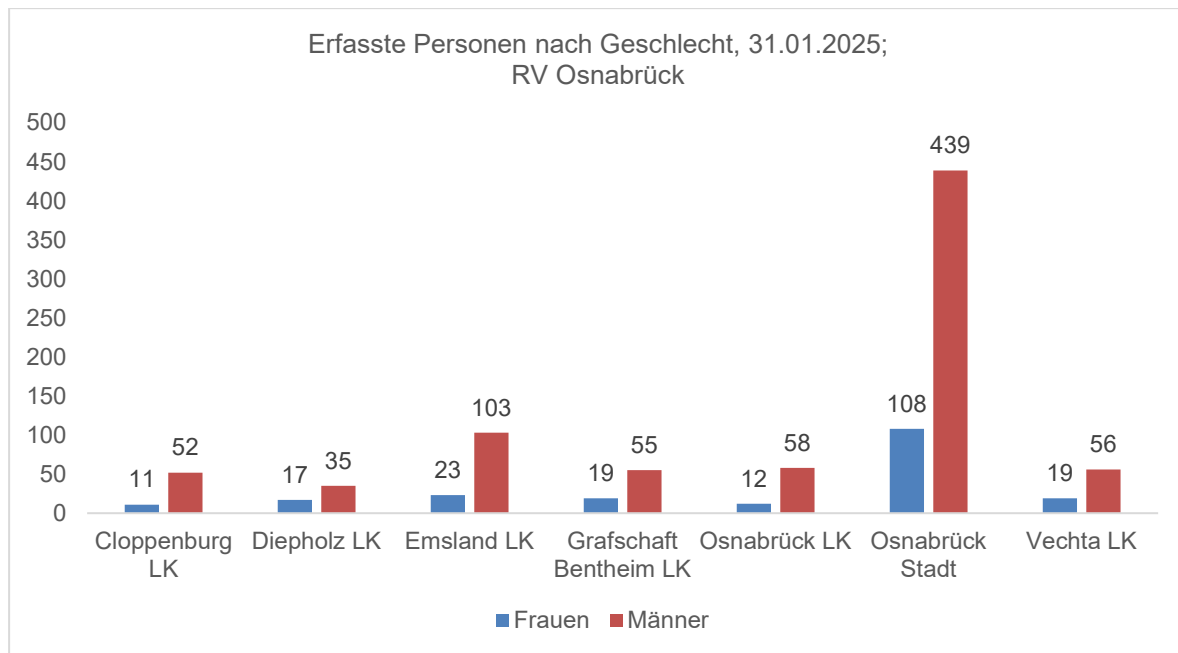
Die geschlechtsspezifische Darstellung zeigt weiterhin eine deutlich männlich geprägte Inanspruchnahme der niedrigschwelligen Hilfen. 747 der ausgewerteten Personen sind männlich; dies entspricht 77,2 % und liegt unter dem Vorjahresanteil von 79,4 %. Die Zahl der Männer ist damit von 793 auf 747 gesunken. Demgegenüber steigt die Zahl der weiblichen Hilfesuchenden von 206 auf 221 Personen; der Frauenanteil erhöht sich auf 22,8 %. Besonders auffällig ist die Kategorie „in unzumutbaren Wohnverhältnissen“: Dort wurden 31 Frauen erfasst, gegenüber acht Frauen im Vorjahr. Die Grafik macht damit deutlich, dass Frauen in der Regionalvertretung Osnabrück nicht nur weiterhin sichtbar sind, sondern insbesondere in prekären Wohnsituationen stärker erfasst werden. Für die fachliche Bewertung spricht dies dafür, geschlechtssensible Zugänge, Schutzbedarfe und spezifische Angebotsformen weiterhin systematisch zu berücksichtigen.

Der Vergleich nach Gebietskörperschaften zeigt unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der Regionalvertretung. Die Stadt Osnabrück bleibt weiterhin der zentrale Erfassungsschwerpunkt, während die Landkreise deutlich niedrigere, aber weiterhin relevante Fallzahlen aufweisen. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Fallzahlen nicht allein die tatsächliche Verbreitung von Wohnungsnot abbilden, sondern immer auch von der vorhandenen Angebotsstruktur, der Erreichbarkeit niedrigschwelliger Hilfen und der Sichtbarkeit der Zielgruppe in den jeweiligen Gebietskörperschaften beeinflusst werden.



Die Grafik zur Verteilung nach Gebietskörperschaften verdeutlicht die herausgehobene Bedeutung der Stadt Osnabrück. Mit 530 erfassten Personen entfällt weiterhin mehr als die Hälfte aller ausgewerteten Fälle der Regionalvertretung auf die kreisfreie Stadt. Damit bleibt Osnabrück der zentrale Anlauf- und Versorgungsschwerpunkt im südlichen Weser-Ems-Bereich. Unter den Landkreisen weisen insbesondere der Landkreis Emsland mit 133 Personen und der Landkreis Osnabrück mit 108 Personen relevante Erfassungszahlen auf; es folgen Cloppenburg, Diepholz und Vechta. Der in der Grafik ausgewiesene Wert für die Grafschaft Bentheim ist im Kontext der Erhebungssituation besonders vorsichtig zu interpretieren und sollte nicht als fehlender Bedarf verstanden werden.

Die folgenden Grafiken stellen die Erhebungen 2025 und 2026 auf Ebene der Gebietskörperschaften nach Geschlecht gegenüber. Dadurch wird sichtbar, ob Veränderungen eher aus einzelnen lokalen Entwicklungen resultieren oder ob sich die Verteilung innerhalb der gesamten Regionalvertretung verschiebt.

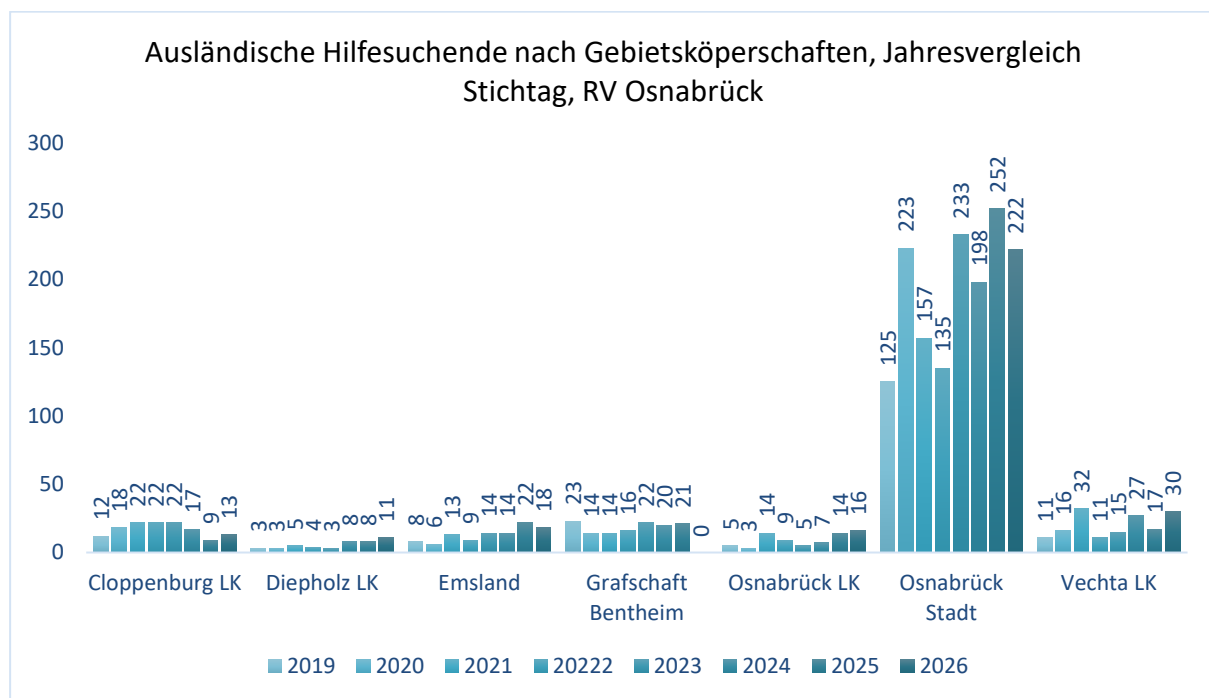


Die geschlechtsspezifischen Gebietsgrafiken bestätigen die Schwerpunktfunktion der Stadt Osnabrück: Sowohl bei den Männern, als auch bei den Frauen, werden dort mit Abstand die höchsten Fallzahlen dokumentiert. 2026 wurden in der Stadt Osnabrück 411 Männer und 119 Frauen erfasst. In den Landkreisen zeigen sich dagegen kleinere, aber fachlich relevante Fallzahlen; besonders sichtbar sind die Landkreise Emsland und Osnabrück. Insgesamt ergibt sich für Kapitel 6.1 ein differenziertes Bild: Die Gesamtzahl geht gegenüber 2025 leicht zurück, gleichzeitig steigen die vorgelagerten Problemlagen der drohenden Wohnungslosigkeit und der unzumutbaren Wohnverhältnisse. Für die Regionalvertretung Osnabrück bedeutet dies, dass die niedragschwelligen Angebote weiterhin gesichert werden müssen, zugleich aber präventive Strukturen, wohnraumsichernde Hilfen und geschlechtssensible Unterstützungsformen an Bedeutung gewinnen.

6.2 Ausländische Hilfesuchende

Am Stichtag 30.01.2026 wurden in der Regionalvertretung Osnabrück 310 Personen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit in den Kategorien 01 bis 03 erfasst. Dies entspricht einem Anteil von 31,6 % an allen erfassten Personen und liegt damit etwas unter dem Vorjahreswert von 335 Personen bzw. 33,5 %. Die eingebetteten Grafiken zeigen damit keinen weiteren Anstieg gegenüber 2025, sondern einen Rückgang auf weiterhin hohem Niveau. Innerhalb der Gruppe der ausländischen Hilfesuchenden entfallen 156 Personen auf EU-Staatsangehörigkeiten; die übrigen Personen besitzen eine Staatsangehörigkeit außerhalb der EU. Besonders prägend bleibt die Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“: 202 ausländische Hilfesuchende wurden am Stichtag dieser Ausprägung zugeordnet.

Die Grafik zur Entwicklung nach Gebietskörperschaften verdeutlicht, dass ausländische Hilfesuchende weiterhin vor allem in der Stadt Osnabrück sichtbar werden. Gleichzeitig zeigen sich auch in einzelnen Landkreisen relevante Werte, insbesondere im Landkreis Emsland, im Landkreis Osnabrück und im Landkreis Vechta. Der Rückgang gegenüber 2025 ist daher nicht als Bedeutungsverlust dieser Zielgruppe zu verstehen, sondern als stichtagsbezogene Schwankung innerhalb einer seit Jahren hohen Größenordnung. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Einrichtungen in der Grafschaft Bentheim wegen eines Umzugs nicht an der Erhebung teilnehmen konnten; die dortige Nullmeldung in der Grafik darf deshalb nicht als fehlender Bedarf interpretiert werden.



In der fachlichen Bewertung bleibt festzuhalten, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Regionalvertretung Osnabrück weiterhin eine große und dauerhaft relevante Teilgruppe der niedrigschwelligen Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII bilden. Der Anteil von knapp einem Drittel aller erfassten Personen verdeutlicht, dass Beratungsstellen und Tagesaufenthalte weiterhin mit komplexen aufenthaltsrechtlichen, leistungsrechtlichen und sprachlichen Fragestellungen konfrontiert sind. Die Grafiken sprechen zugleich dafür, regionale Unterschiede vorsichtig zu interpretieren: Hohe Werte verweisen auf sichtbare Nutzung niedrigschwelliger Angebote, niedrige Werte können

dagegen auch durch Erreichbarkeit, Angebotsstruktur oder fehlende Erfassungsmöglichkeiten beeinflusst sein.

6.3 Altersverteilung

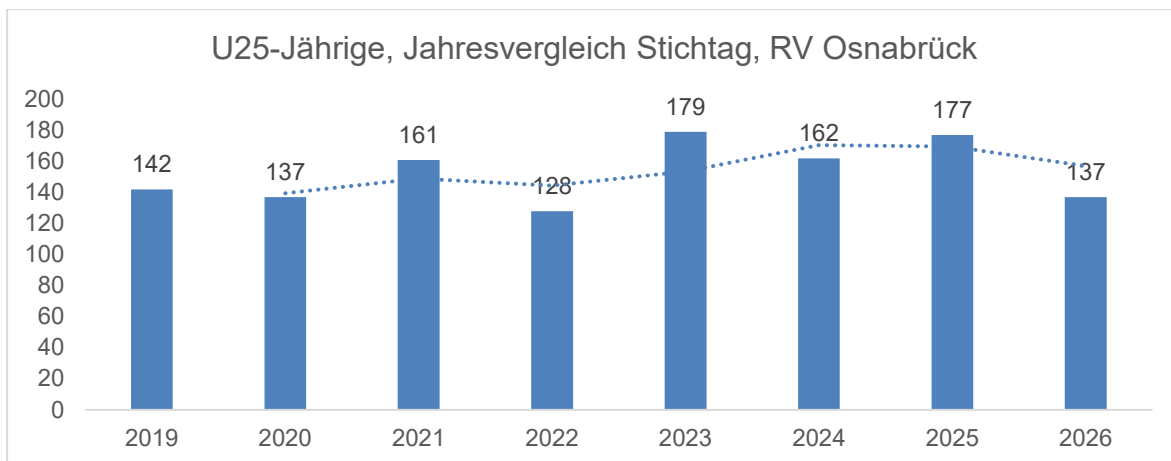
Die Altersgrafik für die Regionalvertretung Osnabrück weist für 2026 insgesamt 978 altersbezogene Zuordnungen aus. Damit weicht die Altersauswertung geringfügig von der in Kapitel 6.1 dargestellten Zahl der nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit auswertbaren Personen ab; dies ist auf unterschiedliche fehlende oder nicht eindeutig zuordenbare Angaben zurückzuführen. Inhaltlich zeigt die Grafik erneut eine deutliche Konzentration in den mittleren Altersgruppen: Die Altersgruppe der 27- bis unter 45-Jährigen umfasst 439 Personen, die Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen 221 Personen. Zusammen entfallen damit rund zwei Drittel der altersbezogen auswertbaren Fälle auf die 27- bis unter 60-Jährigen.

Gleichzeitig verdeutlicht die Tabelle zwei weitere relevante Befunde. Erstens bleibt die Gruppe der jungen Menschen weiterhin sichtbar: 137 Personen waren unter 25 Jahre alt; unter Einbeziehung der 25- bis unter 27-Jährigen ergibt sich eine Gruppe von 220 jungen Menschen unter 27 Jahren. Zweitens gewinnt die Altersgruppe ab 60 Jahren an Bedeutung: 79 Personen wurden dieser Gruppe zugeordnet. Für die weitere Bewertung spricht die Altersverteilung damit für eine doppelte fachliche Perspektive: junge Erwachsene benötigen weiterhin frühzeitige und schnittstellenbezogene Zugänge, während für ältere Hilfesuchende Fragen von Gesundheit, Pflege, Barrierearmut und langfristiger Wohnraumsicherung stärker an Bedeutung gewinnen.

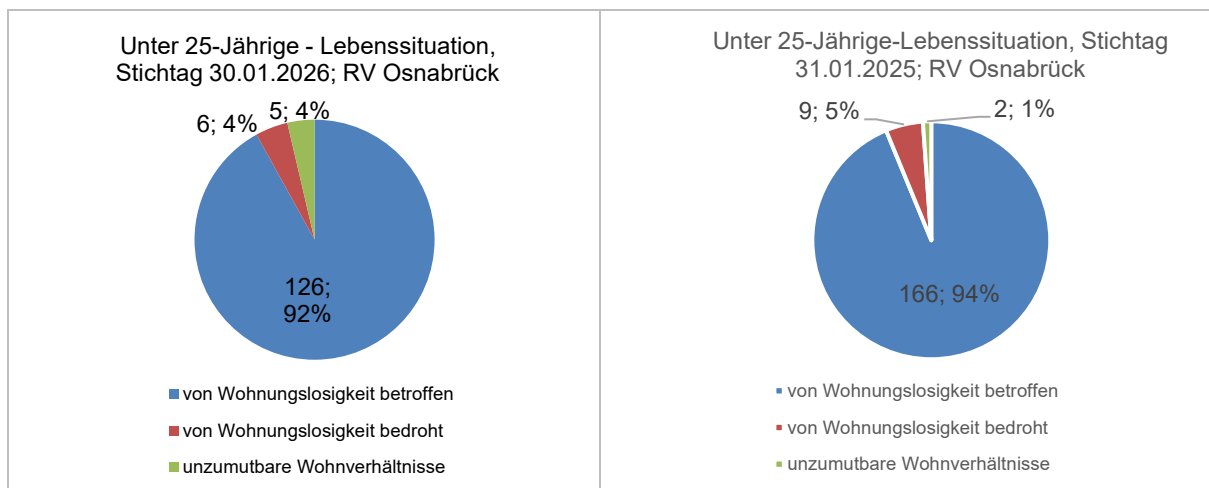
Altersverteilung nach Kategorien; 30.01.2026, RV Osnabrück (Rot: Stichtag 2025)				
	01 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	02 unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht	03 in unzumutbaren Wohnverhältnissen	gesamt
Geschlecht				
männlich	665 720	49 38	43 35	757 793
weiblich	169 182	21 16	31 16	221 214
Alter				
unter 14	1 1	0 0	0 0	1 1
14- unter 18	2 5	0 1	0 0	6 6
18 - unter 21	41 56	2 4	0 1	61 61
21 - unter 25	82 101	4 4	5 1	106 106
25- unter 27	57 79	2 3	6 1	83 83
27 - unter 45	369 405	31 21	18 13	439 439
45 - unter 60	208 195	44 16	29 10	221 221
60 und älter	77 56	25 5	17 17	79 79
keine Angabe	0 4	0 0	0 0	4 4
gesamt	834 902	70 54	74 43	978 999

6.4 Unter 25-Jährige

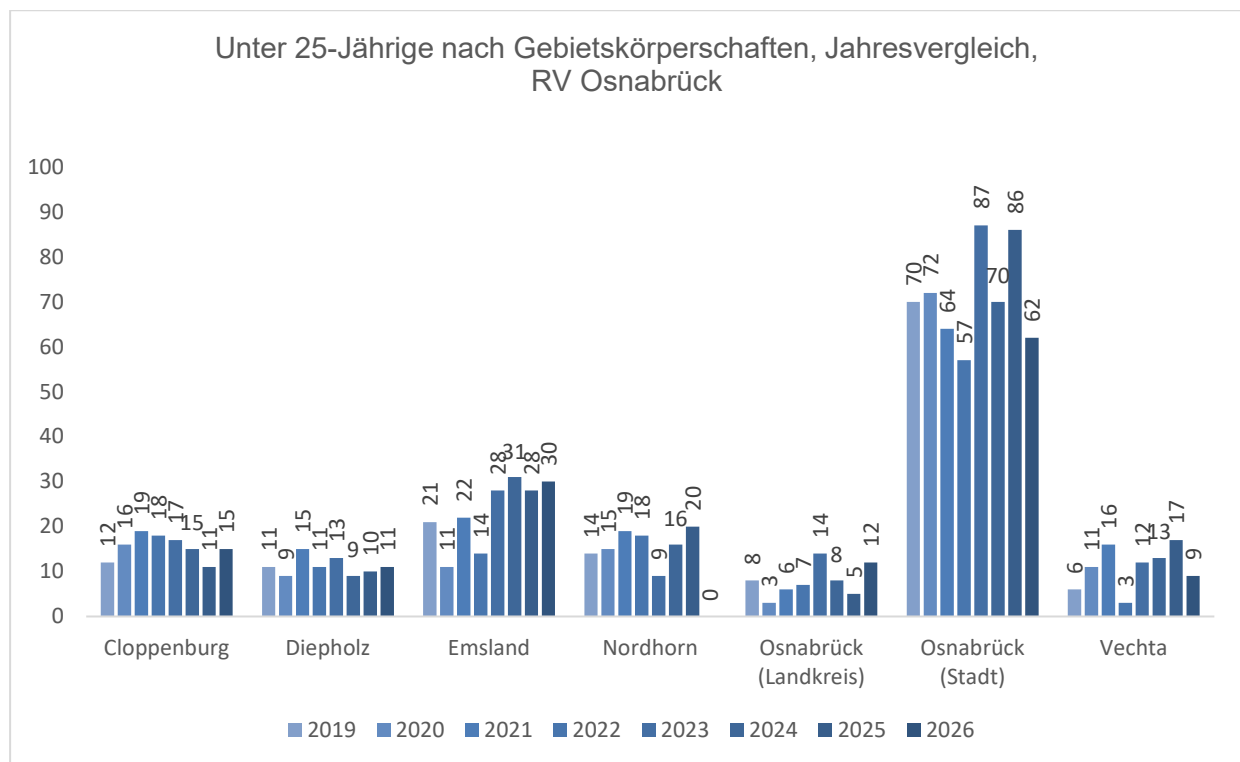
Die U25-Grafiken zeigen, dass in der Regionalvertretung Osnabrück 2026 insgesamt 137 unter 25-Jährige in den Kategorien 01 bis 03 erfasst wurden. Damit liegt der aktuelle Stichtagswert deutlich unter dem Vorjahreswert von 177 Personen, bleibt im längerfristigen Vergleich seit 2015 jedoch weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Der Anteil der jungen Menschen an der altersbezogenen Gesamterfassung liegt bei rund 14 %. Der Rückgang gegenüber 2025 sollte deshalb nicht als grundsätzliche Entspannung interpretiert werden, sondern zunächst als stichtagsbezogene Schwankung innerhalb einer seit Jahren sichtbaren Zielgruppe.



Die Grafik zur Lebenssituation der unter 25-Jährigen macht deutlich, dass der weit überwiegende Teil der jungen Menschen bereits aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen ist. 126 der 137 erfassten U25-Personen entfallen auf diese Kategorie. Sechs junge Menschen waren unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht, fünf lebten in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Damit zeigt sich, dass junge Menschen in der Regionalvertretung Osnabrück überwiegend nicht erst im Vorfeld eines Wohnungsverlustes sichtbar werden, sondern häufig bereits dann, wenn Wohnungslosigkeit eingetreten ist. Für die fachliche Bewertung ist dies ein Hinweis auf die Bedeutung frühzeitiger Zugänge, verlässlicher Schnittstellen zu Jugendhilfe, Jobcenter und kommunalen Präventionsstellen sowie niedrigschwelliger Beratungsangebote vor Eintritt akuter Wohnungslosigkeit.



Der Jahresvergleich der U25-Grafik zeigt insgesamt eine schwankende, aber langfristig erhöhte Inanspruchnahme niedrigschwelliger Hilfen durch junge Erwachsene. Nach hohen Werten in den Jahren 2023 und 2025 fällt der Wert 2026 wieder niedriger aus. Gleichwohl liegt er weiterhin deutlich über den frühen Stichtagserhebungen ab 2015. Die Entwicklung spricht daher nicht für eine abgeschlossene Problementwicklung, sondern für eine Zielgruppe, die in einzelnen Jahren unterschiedlich stark sichtbar wird und deren Zugang zum Hilfesystem stark von lokalen Angebotsstrukturen, Erreichbarkeit und vorgelagerten Hilfen beeinflusst sein kann.



Die Grafik nach Gebietskörperschaften bestätigt die besondere Rolle der Stadt Osnabrück als zentraler Anlaufpunkt für junge Hilfesuchende in der Regionalvertretung. Dort wurden auch 2026 die Meisten unter 25-Jährigen erfasst. Daneben bleiben insbesondere der Landkreis Emsland und der Landkreis Vechta relevant. Die Werte der Grafschaft Bentheim sind aufgrund der fehlenden Teilnahme der dortigen Einrichtungen an der Stichtagserhebung nicht aussagekräftig und dürfen nicht als fehlender Bedarf interpretiert werden. Insgesamt verdeutlichen die U25-Grafiken, dass junge Menschen in Wohnungsnot auch in der Regionalvertretung Osnabrück eine eigenständige Zielgruppe bleiben. Für die Weiterentwicklung der Hilfen spricht dies für verbindliche Übergänge zwischen Jugendhilfe und Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, für niedrigschwellige Präventionsangebote und für eine engere Abstimmung mit kommunalen Stellen zur Wohnraumsicherung.

6.5 Fazit RV Osnabrück

Die Ergebnisse des Kapitels 6 zeigen für die Regionalvertretung Osnabrück insgesamt ein ambivalentes Bild. Am Stichtag 30.01.2026 wurden 982 Personen erfasst; für 968 Personen lagen auswertbare Angaben in den Kategorien 01 bis 03 vor. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der ausgewerteten Personen zwar von 999 auf 968 zurückgegangen. Dieser Rückgang bedeutet jedoch keine grundsätzliche Entspannung der Wohnungsnotlage. Die Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ bleibt mit 825 Personen weiterhin eindeutig prägend und umfasst rund 85 % aller ausgewerteten Fälle. Zugleich steigen die vorgelagerten bzw. ergänzenden Problemlagen: Die Zahl der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen erhöht sich von 54 auf 69, die Zahl der Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen von 43 auf 74 Personen.

Die eingebetteten Grafiken verdeutlichen, dass sich die Bedarfslagen innerhalb der Regionalvertretung Osnabrück räumlich stark konzentrieren. Die Stadt Osnabrück bleibt mit Abstand der zentrale Erfassungs-, Anlauf- und Versorgungsschwerpunkt. Mit 530 erfassten Personen entfällt mehr als die Hälfte aller ausgewerteten Fälle auf die kreisfreie Stadt. Zugleich weisen auch einzelne Landkreise weiterhin relevante Fallzahlen auf, insbesondere der Landkreis Emsland und der Landkreis Osnabrück. Niedrigere Werte in anderen Gebietskörperschaften sind vorsichtig zu interpretieren, da sie nicht nur die tatsächliche Bedarfslage, sondern auch die örtliche Angebotsstruktur, Erreichbarkeit, Sichtbarkeit der Zielgruppe und die konkrete Erhebungssituation widerspiegeln. Dies gilt besonders für die Grafschaft Bentheim, deren Einrichtungen aufgrund eines Umzugs nicht an der Stichtagerhebung teilnehmen konnten.

Die geschlechtsspezifische Auswertung zeigt weiterhin eine deutlich männlich geprägte Inanspruchnahme der niedrigschwelligen Angebote. Gleichzeitig steigt die Zahl weiblicher Hilfesuchender von 206 auf 221 Personen; ihr Anteil erhöht sich auf 22,8 %. Besonders auffällig ist die Zunahme von Frauen in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Dieser Befund spricht dafür, geschlechtssensible Zugänge, Schutzbedarfe und spezifische Angebotsformen auch in der Regionalvertretung Osnabrück weiterhin systematisch zu berücksichtigen. Die Daten legen nahe, dass Frauen nicht nur im Bereich akuter Wohnungslosigkeit sichtbar werden, sondern zunehmend auch in prekären Wohnsituationen, die fachlich nicht weniger relevant sind.

Auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bleiben eine quantitativ bedeutsame Teilgruppe der Hilfesuchenden. Mit 310 erfassten Personen liegt ihr Anteil bei 31,6 % und damit weiterhin bei knapp einem Drittel aller erfassten Personen. Der Rückgang gegenüber 2025 ist vor diesem Hintergrund nicht als Bedeutungsverlust dieser Zielgruppe zu bewerten, sondern als stichtagsbezogene Schwankung auf weiterhin hohem Niveau. Die nahezu ausgeglichene Verteilung zwischen EU- und Nicht-EU-Staatsangehörigkeiten verdeutlicht, dass Beratungsstellen und Tagesaufenthalte weiterhin mit unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen, leistungsrechtlichen und sprachlichen Ausgangslagen konfrontiert sind. Für die Praxis bedeutet dies einen anhaltenden Bedarf an Clearing, Sprachmittlung, guter Verweisberatung und rechtssicherer Klärung von Leistungsansprüchen.

Die Altersverteilung macht deutlich, dass die mittleren Altersgruppen weiterhin den größten Anteil der Hilfesuchenden ausmachen. Zugleich zeigen die Grafiken zwei fachlich wichtige Randentwicklungen: 220 Personen waren unter 27 Jahre alt, davon 137 unter 25 Jahre. Obwohl die Zahl der U25 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgeht, bleibt diese Gruppe im längerfristigen Vergleich seit 2015 weiterhin sichtbar und fachlich bedeutsam. Besonders

relevant ist, dass 126 der 137 unter 25-Jährigen bereits aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren. Junge Menschen werden damit häufig erst dann im Hilfesystem sichtbar, wenn Wohnungslosigkeit bereits eingetreten ist. Gleichzeitig gewinnt die Gruppe der älteren Hilfesuchenden ab 60 Jahren an Bedeutung. Für die Angebotsentwicklung bedeutet dies, dass die Regionalvertretung Osnabrück sowohl frühzeitige, jugendhilfenahe und schnittstellenorientierte Zugänge für junge Erwachsene als auch altersgerechte Unterstützungsformen für ältere Menschen in Wohnungsnot weiterentwickeln muss.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse und Grafiken des Kapitels 6, dass die niedrigschwelligen Angebote in der Regionalvertretung Osnabrück weiterhin unverzichtbar bleiben. Trotz leicht rückläufiger Gesamtzahl bleibt die akute Wohnungslosigkeit der zentrale Befund; zugleich nehmen Wohnungsverlustgefährdung und unzumutbare Wohnverhältnisse erkennbar zu. Für die weitere sozialplanerische Bewertung sollten daher drei Linien im Vordergrund stehen: erstens die Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Tagesaufenthalte und ambulanten flächenorientierten Hilfen, zweitens der Ausbau präventiver und wohnraumsichernder Strukturen vor Eintritt akuter Wohnungslosigkeit und drittens eine zielgruppendifferenzierte Weiterentwicklung der Hilfen für Frauen, junge Erwachsene, ältere Menschen und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Stichtagserhebung ersetzt keine Vollerhebung, liefert aber belastbare Hinweise darauf, wo regionale Schwerpunkte liegen und an welchen Stellen kommunale Planung, Trägerentwicklung und sozialpolitische Steuerung ansetzen sollten.